Erste Ausgabe.

Hallische Zeitung

vorm. im C. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Bezugs-Preis für Halle u. Glöbichenstein 2,50 ℳ, durch die Post bezogen 3 ℳ für das Vierteljahr.
Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 5 Uhr.
Fernsprechverbindung mit Berlin u. Leipzig. Anschluß Nr. 158.

Anzeige-Gebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Sämmtliche für die Hallische Zeitung aufgegebenen Anzeigen werden im „Hallischen Inseratenblatt" unentgeltlich abgedruckt.
Reclamen am Schluß des redactionellen Theils die Zeile 40 Pf.

Nummer 56. Halle, Montag 7. März 1892. 184. Jahrgang.

Die Wohnungsverhältnisse der Berg- und Salinenarbeiter im Ober-Bergamts-Bezirk Halle.

III.

Nächst der Fürsorge der Betriebsunternehmer für die Wohnhaftmachung ihrer Arbeiter und außer den Bestrebungen dieser selbst zum gleichen Zwecke muß noch der Mitwirkung gedacht werden, welche die Knappschaftsvereine des Oberbergamtsbezirkes Halle der Beförderung der Ansiedelung ihrer Mitglieder zu Theil werden lassen.

Unter der Aufsicht des Königl. Oberbergamtes in Halle stehen 12 Knappschaftsvereine, deren Mitgliederzahl und Vermögenslage am 31. Dezember 1890 aus nachfolgender Uebersicht hervorgeht:

	Mitgliederzahl	Schuldenfreies Vermögen
1. Neupreußischer Knappschaftsverein in Halle	9 801	435 099 ℳ 17 ₰
2. Saalkreiser in Halle	3 540	268 620 „ 91 „
3. Hallescher Salinen-Knappschaftsverein in Halle	69	192 087 „ 44 „
4. Dürrenberger Knappschaftsverein in Dürrenberg	248	98 341 „ 98 „
5. Thüringer Knappschaftsverein in Groß-Kamsdorf	266	173 268 „ 63 „
6. Mansfelder Knappschaftsverein in Eisleben	18 019	2 320 342 „ 92 „
7. Halberstädter Knappschaftsverein in Halberstadt	11 515	2 303 886 „ 87 „
8. Rüdersdorfer Knappschaftsverein in Rüdersdorf	989	139 941 „ 45 „
9. Brandenburger Knappschaftsverein in Guben	6 850	423 722 „ 28 „
	51 297	6 355 311 ℳ 65 ₰
Hierzu die Hütten-Knappschaftsvereine:		
10. Lauchhammerscher Knappschaftsverein in Lauchhammer	1 290	415 919 ℳ 85 ₰
11. Tangerhütter Knappschaftsverein in Tangerhütte	739	67 067 „ 15 „
12. Knappschaftsverein der Werke am Finow-Canal	488	77 278 „ 87 „
	2 517	260 265 ℳ 87 ₰
Zusammen	53 814	6 615 577 ℳ 52 ₰

Es haben 8 von diesen Knappschaftsvereinen ihren Mitgliedern zum Erwerb, Bau und Ausbau von Wohnhäusern Darlehen gewährt, und zwar mit dem nachstehend angegebenen Erfolge:

Laufende Nr.	Name der Knappschaftsvereine	Zahl der Darlehnsempfänger	Betrag der Darlehen ℳ	Hiervon sind zurückgezahlt ℳ	Ausstand ℳ	Die Häuser sind noch im Besitz der Darlehnsempfänger	der Angehörigen od. anderer Bergarbeiter	sind in fremden Besitz übergegangen
1	Neupreußischer Knappschaftsverein	24	26 195	18 840	3 pCt. bis 5 pCt.	19	2	3
2	Saalkreiser	15	21 945	15 345		13	2	1
3	Hallescher Salinen-Knappschaftsverein	23	21 727	—		21	1	—
4	Dürrenberger	20	20 069	—		18	2	—
5	Thüringer	134	174 068	130 546		157	18	9
6	Halberstädter	184	238 060	—		7	5	1
7	Rüdersdorfer	18	23 300	491		7	6	1
8	Brandenburger	7	7 000	—		—	—	—
	Sa.	286	613 174	165 251		243	30	13
	Hierzu: Sandbrunnerscher Knappschaftsverein (in Trebitzen, Jahren und dem Knappschafts-Vorstande der Gewerkschaft Deutschland, welche 1888 auf Grund des Reichs-Gesetzes Knappschaftsvereinen beitreten sind)	—	447 853					

Der Betrag der noch ausstehenden Darlehen von 447 853 ℳ entspricht 11,65 pCt. des Vermögens der dabei betheiligten 7 Knappschaftsvereine. Bringt man die Zahl der 286 Darlehnsempfänger mit der Zahl derjenigen Arbeiter und Werksbeamten aus den Bezirken dieser 7 Vereine, welche sich im Eigenthume eigener Wohnhäuser befinden, in Beziehung, so haben 5,20 pCt. der Hauseigenthümer von den Knappschaftsvereinen Darlehen auf Häuser und Grundstücke erhalten.

Die Darlehen sind nach den Vorschriften der Knappschaftssatzungen mündelsicher gegen hypothekarische Verpfändung und gegen Aushändigung der Hypothekenscheine auf Wohnhäuser, Hof- und Ackergrundstücke zu einem Zinsfuße, welcher je nach Zeit und Umständen 3 bis 5 pCt. betragen hat, ausgeliehen worden.

Von den Schlußfolgerungen, welche der verdienstvolle Autor der hier angezogenen Schrift aus seinen Untersuchungen und Zusammenstellungen gewinnt, seien die folgenden besonders hervorgehoben:

Die Untersuchung der Wohnungsverhältnisse der auf den Werken des Oberbergamtsbezirkes Halle beschäftigten Arbeiter hat gezeigt, so äußert sich der Verfasser, daß die Lebensstände, welche aus der ungenügenden Zahl und Beschaffenheit der vorhandenen Arbeiterwohnungen in gesundheitlicher, sittlicher, finanzieller und sozialer Beziehung entstehen, wenn sie hier auch weniger grell hervortreten, doch namentlich an den Stellen einer schnell sich entwickelnden und concentrirten Gewerbthätigkeit keineswegs fehlen.

Auf der anderen Seite hat sich bei der Darstellung mehrfach Anlaß zu dem Hinweis gefunden, daß ohne das vermehrte Eingreifen der Werksbesitzer zur Beförderung der Ansiedelung ihrer Arbeiter in der Nähe der Werke ein Heranziehen und Festhalten genügender Arbeitskräfte und dadurch eine Vergrößerung des Betriebes in der bisherigen Weise auf die Dauer nicht mehr möglich sein wird. Gegenüber dem unzweifelhaft vorhandenen Bedürfniß, die Niederlassung der Bergarbeiter zu fördern, zeigt die Vergleichung mit dem in anderen Bergbaurevieren auf diesem Gebiet Geleisteten, daß hier noch Vieles zu thun übrig bleibt, um durch Verbesserung der Arbeiterverhältnisse hinsichtlich der Wohnungsfrage die Weiterentwickelung des Bergbaues zu sichern.

Während vom allgemeinen sozialpolitischen Standpunkte aus es zu wünschen ist, daß die Verhältnißzahl der eigenen Grund und Boden mit eigenem Hause besitzenden Bergarbeiter im Halleschen Bezirke noch erheblich gesteigert wird, weil man hoffen darf, auf diesem Wege die Zahl der mit ihrer Lage und den bestehenden Verhältnissen zufriedenen fleißigen Arbeiter zu vermehren, spricht das Interesse der Betriebsunternehmer überwiegend sich dahin aus, die Erhaltung eines Stammes tüchtiger Arbeiter durch Anlage billiger und guter Miethwohnungen in der Nähe der Werke zu verfolgen. Die Förderung dieser letzteren Bestrebungen entspricht im Grunde auch am Besten dem Interesse der Mehrheit der Arbeiter selbst. Denn die Erleichterung der Ansiedelung in eigenen Wohnhäusern kommt thatsächlich nur den wirthschaftlich bestgestellten Bergarbeitern zu Statten, welche in der Lage sind, aus eigenen Ersparnissen unter Beihülfe des Arbeitgebers zu bauen, während das Interesse am Besitze guter Wohnungen bei allen, auch bei den unbemittelten Arbeitern das gleiche ist. Uebrigens hat auch von dem Gesichtspunkte der Beschaffung möglichst gesunder Wohnungen für die Arbeiter der Bau derselben auf Kosten der Werksbesitzer erfahrungsgemäß unbestreitbare Vorzüge vor ihrer Herstellung durch die ersteren selbst.

Im Oberbergamtsbezirke Halle haben sich die Verhältnisse thatsächlich so entwickelt, daß in der letzten Zeit das Bestreben der bergmännischen Arbeitgeber, für die Ansiedelung ihrer Arbeiter Mehr zu thun, als früher geschehen war, wahrnehmbar geworden ist, und daß diese Thätigkeit vorwiegend nach der Seite der Erbauung geeigneter Miethwohnungen für dieselben gerichtet ist. Außer dem Fiscus verfolgt nur die Mansfelder Gewerkschaft neben dem Baue von Arbeiter-Miethhäusern auch das System der Unterstützung des Baues eigener Wohnungen durch die Arbeiter vermittelst der Gewährung von Baupräminen und Darlehen.

Für den sozialen Erfolg kommt es im Oberbergamtsbezirke Halle vorläufig weniger darauf an, nach welchem System — ob durch Beförderung des Erwerbes oder Baues eigener Wohnungen durch die Arbeiter selbst, oder durch Erbauung von Miethwohnungen seitens der Arbeitgeber — die Vermehrung der Arbeiterwohnungen in den Bergbaudistrikten erfolgt, als daß an möglichst vielen Stellen sie in planmäßiger und zweckmäßiger Weise ausgeführt wird.

Es würde zu weit führen, auch darüber Details anzuführen: welche Hindernisse und Schwierigkeiten solchem Vorhaben oft in den Weg treten, ebenso verzichten wir darauf, die tabellarischen Uebersichten über Lohnverhältnisse, Miethspreise, Hausordnungen der Schlafhäuser oder Speiseanstalten, welche fast die letzte Hälfte des in der That imponirenden Werkes ausfüllen, hier anzuziehen. Wir haben in obigen Darstellungen und Erörterungen eben nur den Beweis erbringen und eine demonstratio ad oculos darstellen wollen, wie Fiskus, Arbeitgeber und Selbsthülfe (Knappschaftsvereine) speziell für die Wohnungsverhältnisse unserer Bergarbeiter zeither gesorgt haben und zwar in der Meinung, daß just so eine ganz objektive Schilderung am allerbesten geeignet sei, durch ihre Thatsachen und Zahlen den selbstständig denkenden Arbeiter zufrieden und ruhig zu machen. Daß dieselben nicht Zeit finden, eine so umfangreiche Broschüre selbst zu lesen, liegt auf der Hand; es wird daher die Aufgabe unserer staatserhaltenden politischen Vereine sein: einen zweckgemäßen Auszug zu einem allgemein verständlichen Vortrag in möglichst interessanter Façon anfertigen und durch ihre Wanderredner gerade in den Bergwerksbezirken verbreiten zu lassen, die am meisten von Einfällen der sozialdemokratischen Agitatoren bedroht sind.

Wenn man den Muth hat, die Dinge zu schildern, wie sie sind, dann hat man auch den Willen und die wahre Kraft, das noch Verbesserungsbedürftige nach Möglichkeit zu ändern und dieser Kraft wird gerade in den weiteren Schichten der Arbeiterwelt das Vertrauen nicht fehlen, gleichviel ob Regierung oder Private dabei in Aktion treten. Das aber ist der springende Punkt bei der ganzen Aktion zur Abkehrung von der Sozialdemokratie: Förderung des Vertrauens. Das aber wird immer nur da gewonnen, wo der Arbeiter den ernsten Willen sieht: sich mit den vitalen Interessen seines Standes eingehend zu beschäftigen und wo man nicht in's Blaue hinein mit leichtfertiger Schönfärberei die realen Verhältnisse darstellt, sondern so wie sie sind. Die Folie solcher Darstellung: humanes Wohlwollen für den vierten Stand wird von demselben ganz sicher überall instinktiv erkannt und nicht unterschätzt werden. Darum begrüßten wir denn auch schon in unseren Einleitungsworten diese Zusammenstellungen mit lebhafter Freude und es erübrigt sich nur noch hier am Schluß, dem hiesigen k. Oberbergamt die rückhaltslose Anerkennung dafür auszusprechen, daß es den Auftrag dazu gegeben!

Politische und vermischte Nachrichten.

* **Der Kaiser und die Kaiserin** unternahmen am Sonnabend Nachmittag eine gemeinsame Fahrt nach dem Thiergarten. Im Anschluß hieran begab sich der Kaiser nach dem Atelier der Frau v. d. Heyden am Schiffbauerdamm 35 und gewährte ihr eine längere Portraitsitzung. Bald nach 5 Uhr zum Königlichen Schlosse zurückgekehrt, ertheilte der Kaiser dem bisherigen Militärbevollmächtigten bei der russischen Botschaft, attachirt dem Kaiserlichen Hauptquartier, General-Major Grafen Golenitschef-Kutusoff, eine besondere Audienz. Der Graf überreichte ein eigenhändiges Schreiben Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, wodurch er von seinem Posten abberufen wird. — Wie wir erfahren, ist Graf Golenitschef-Kutusoff nach Petersburg zurückberufen, um nach dem Tode des Fürsten Obolenski, dessen Stellung und Funktionen als Oberhofmarschall am Russischen Hofe zu übernehmen. — Zur Abendtafel hatte Se. Majestät u. A. auch den Chef des Marine-Cabinets Kapitän zur See und Flügeladjutanten Frhr. v. Senden-Bibran mit einer Einladung beehrt. — Um 8¾ Uhr beehrten der Kaiser und die Kaiserin mit anderen Mitgliedern der Königlichen Familie die Abendgesellschaft und die damit verbundene Theateraufführung bei Sr. D. dem Fürsten Radolin mit ihrer Gegenwart und blieben dort bis nach 11½ Uhr. — Am Sonntag Vormittag wohnten der Kaiser und die Kaiserin dem Gottesdienste im Dome bei. Später stattete der der Großherzog von Oldenburg den Majestäten im königlichen Schlosse einen Besuch ab und folgte darauf mit den Herren seiner Begleitung, einer Einladung des Kaiserpaares zur gemeinsamen Frühstückstafel.

* **Ueber das Befinden des Großherzogs von Hessen** liegen nachfolgende Berichte vor. Von Sonnabend 5. März: Die „Darmstädter Zeitung" veröffentlicht durch Extrablatt ein Bulletin, nach welchem sich das Befinden des Großherzogs im Laufe des heutigen Tages insofern verschlimmert hat, als das Bewußtsein etwas getrübt ist und sich ein Athmungsphänomen eingestellt hat, das zu ernsten Befürchtungen Veranlassung giebt. — Vom gestrigen Sonntag wird gemeldet: Ein vom Geheimrath Kußmaul mitunterzeichnetes Bulletin von 1 Uhr Mittags über das Befinden des Großherzogs besagt, daß die Lähmung der rechten Körperhälfte und das Unvermögen der Sprache fortdauern; die Kräfte sind im Allgemeinen bis jetzt erhalten. — Einem um 6 Uhr Abends ausgegebenen Bulletin zufolge ist das Befinden des Großherzogs im Laufe des Nachmittags unverändert geblieben. — Geheimrath Kußmaul ist wieder abgereist.

* **Das Abgeordnetenhaus** berieth am Sonnabend in dritter Lesung das Polizeikostengesetz. Abg. Meyer-Berlin bekämpfte nochmals die Vorlage, die einen rein fiskalischen Charakter habe und die Städte, insbesondere Berlin, unbillig belaste. Das letztere bestritt Abg. v. Eynern. Für die Vorlage trat ferner neben dem Minister Herrfurth noch der freiconservative Abg. Barth ein. Das Gesetz wurde alsdann mit einer geringen, vom Abg. Würmeling (Centr.) beantragten Abänderung, welche die Abstufung bei 40,000 statt bei 25,000 Einwohnern feststellt, gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Der Gesetzentwurf betreffend die Führung der Aufsicht bei dem Amtsgericht I und dem Landgericht I in Berlin, sowie zwei andere kleine Gesetzentwürfe wurden nach kurzer Debatte angenommen. Heute, Montag, steht der Etat des Cultusministeriums zur Berathung.

* Der soeben herausgegebene **Bericht der Petitionskommission des Reichstags** über die zahlreichen Petitionen von Landwirthen und landwirthschaftlichen Vereinen (insbesondere aus Westpreußen) wegen Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ist von großem Interesse für weite Kreise. Die Petenten schoben aus, das Gesetz leide in seiner jetzigen Form auf allen Arbeitgebern in unerträglicher Weise und werde dazu beitragen, den Niedergang der Landwirthschaft zu beschleunigen. Viele ländliche Besitzer seien unvermögend, die Lasten des Gesetzes zu tragen, und in ihrer ganzen Lebenshaltung hierdurch gefährdet. Auch in die ländlichen Arbeiterkreise habe das Gesetz große Erbitterung getragen. Das Gesetz passe auch nicht in die Gewohnheiten der ländlichen Arbeiter. Die Folge der durch das Gesetz hervorgerufenen Mißstimmung mache sich schon jetzt in der zunehmenden Auswanderung nach Amerika bemerkbar. Als speielle Mängel des Gesetzes werden angeführt die Schwierigkeit der Controle und die dadurch hervorgerufenen zahlreichen Gesetzesumgehungen, die großen Verwaltungskosten, die Verschwendung von Zeit und Mühe für alle Betheiligte in Folge der unpraktischen Einrichtungen der Karten und Marken. Es wird schließlich betont, es sei ein Unrecht, daß die großen pekuniären Opfer, die das Gesetz verlange, fast

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920307 1-15/fragment/page=0001

ausschließlich von der Industrie und Landwirthschaft getragen werden, „während die kapitalistischen Unternehmungen, die Millionen umsetzen und Millionen verdienen, und die große Zahl der Rentner und Beamten so gut wie nicht dazu beitragen.“ Die Petenten erklären, voll und ganz die Bestrebungen des Gesetzes zu theilen; in seiner jetzigen Fassung halten sie dasselbe aber für ein nationales Unglück. Das Gesetz werde keinen Sozialdemokraten gewinnen, dagegen die große Masse „bisher treuer“ Arbeitgeber wie Arbeiter der Regierung verfeinden. In ganz ähnlicher Weise äußern sich auch zahlreiche Petitionen aus landwirthschaftlichen Kreisen anderer Gegenden. In der Kommission wurde erwogen, daß alle in diesen Petitionen hervorgehobenen Gesichtspunkte bereits bei Schaffung des kaum seit Jahresfrist in Geltung befindlichen Gesetzes in Betracht gezogen, und daß branchbare Verbesserungsvorschläge von den Petenten nicht gemacht seien. Man war andererseits der Ansicht, daß eine so große Zahl denselben Gegenstand berührender Petitionen einen ernsten Hinweis auf die Stimmung der an der Ausführung des Gesetzes betheiligten Kreise bedeute und deshalb möglichserweise für die Revisionsarbeit des Gesetzgebers ein Interesse bieten könne. Aus diesem Grunde beschloß die Kommission und zwar ohne Zuziehung eines Regierungskommissars, weil die erst kürzlich im Plenum stattgehabten Verhandlungen und Erklärungen in fraglichen Gesetzesmaterie die Stellung bestimmter Fragen unnöthig machten, zu beantragen: der Reichstag wolle beschließen: die Petitionen dem Reichskanzler als Material für die demnächstige Revision des Invaliditätsversicherungsgesetzes zu überweisen.

* Der Regierungspräsident **v. Hoffmann** in Aachen ist, wie schon vor einiger Zeit mitgetheilt wurde, zum Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung, Wirklichen Geheimen Raths Sydow, ausersehen. Er soll, wie wir hören, in Aachen durch den Regierungspräsidenten v. Hartmann in Aurich, der erst vor etwa Jahresfrist vom Oberpräsidialrath in Hannover zum Regierungspräsidenten ernannt wurde, ersetzt werden. An des letzteren Stelle würde dann der Polizeipräsident von Stettin, Konstantin Graf zu Stolberg-Wernigerode, ernannt werden, ein Sohn des früheren commandirenden Generals des 7. Armeecorps, Grafen Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode auf Hannowitz in Schlesien und Schwiegersohn des Fürsten Otto zu Stolberg-Wernigerode. Er war früher Offizier, steht noch jetzt als Major à la suite der Armee und wurde, nachdem er zuerst Landrath des Kreises Bunzlau gewesen war, 1889 zum Polizeipräsidenten von Stettin ernannt. Er ist jetzt 48 Jahre alt.

☒ * **Nicht nur im Reichstage**, sondern auch im Abgeordnetenhause wird für die letzte Hälfte der nächsten Woche die Nothwendigkeit entstehen, die Sitzungen ausfüllen zu lassen. Eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern beider Parlamente sind in ihrer Eigenschaft als Landräthe 2c. genöthigt, in die Heimath zu reisen, um bei dem Abschluß des Steuergeschäfts mitzuwirken.

* **Die „Immunitätscommission“** des Reichstages für den Zusatzartikel zu § 31 der Reichsverfassung, wonach die Immunität der Mitglieder auf die Zeit einer Vertagung des Reichstags, welche die Frist von 30 Tagen übersteigt, nicht gelten soll, berieth über vier dazu eingegangene Anträge von Gröber (C.), Singer, Träger und Rintelen. Minister v. Bötticher erklärte zum Antrag Gröber, die in diesem aufgeworfenen Fragen gingen die Regierung nichts an, das sei Sache des Reichstages. Unannehmbar seien auch die Anträge Singer und Träger. Ueber den Antrag Rintelen ließe sich sprechen, doch sei der Regierungsantrag vorzuziehen.

* **Die Volksschulgesetzkommission** des Abgeordnetenhauses hat, wie hier noch nachzutragen sein dürfte, die von den Schulstiftungen und der Behandlung des bisherigen Schulvermögens handelnden §§ im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen. Der neue Gesetzentwurf will im Gegensatz zu dem vorjährigen Gossler'schen Entwurf die Verwaltung dieses Vermögens den Schulvorständen der einzelnen Schulen vorbehalten, während doch die Schullast auf die bürgerliche Gemeinde übergeht. Die Nationalliberalen beantragten die Wiederherstellung der Bestimmungen des Gossler'schen Entwurfs über den Uebergang der Verwaltung der Schulstiftungen auf die Träger der Volksschullasten. Die Konservativen lehnten im Verein mit dem Centrum die nationalliberalen Anträge ab, ebenso einen freikonservativen Antrag, wonach die bisherige Verwaltung nur dort beibehalten werden soll, wo solches in der Stiftung ausdrücklich bestimmt ist. Damit war der zweite Abschnitt der Vorlage (Träger der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Volksschule) bis auf einige noch zurückgestellte Bestimmungen erledigt. Für den dritten Abschnitt (Verwaltung der Volksschul-Angelegenheiten, Schulbehörden) haben die beiden liberalen Parteien einen prinzipiellen Antrag auf Umarbeitung gestellt. Derselbe erstrebt die Trennung der Schulbehörden-Organisation für Stadt und Land und einheitliche Leitung der ganzen städtischen Schulverwaltung, daneben sächliche Schulaufsicht durch technisch gebildete Schulinspektoren. Die liberalen und freikonservativen Mitglieder wollten den ganzen Abschnitt an eine Unterkommission verweisen. In der letzten Sitzung kam es indessen über eine Generaldebatte nicht hinaus. Die Verhandlung wurde auf Montag Abend vertagt.

* **Zu den zahlreichen Gerüchten** über einen Personenwechsel in den höheren Staatsämtern geht der „Voss. Ztg.“ aus Hannover folgende Nachricht zu: Der Rücktritt v. Bennigsen's von seinem Amt als Oberpräsident gilt in vielen Kreisen als nahe bevorstehend. Als Nachfolger werden hier zwei Persönlichkeiten genannt: Staatsminister von Boetticher, der hier 1873—1876 Landdrost war und Landesdirektor von Hammerstein, der sich erst Anfangs der achtziger Jahre mit den durch die Ereignisse des Jahres 1866 geschaffenen Zuständen aussöhnte und jüngst die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland wegen des Welfenfonds führte.

* **In der Reichstagscommission für das Gesetz, betr. den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen**, führt den Vorsitz Abg. Graf Ballestrem; sein Stellvertreter ist Abg. Petri (Strasburg). Schriftführer ist Abg. Schier. Mitglieder der Commission sind die Abgg. Prinz Arenberg, v. Bar, Baumbach, Cegielski, v. Cuny, Delles, Graf zu Dönhoff, Gröber, Frhr. v. Hüllingen, Hartmann, Hickel, Hintze, v. Normann, Oriterer, Schrader, Spahn, v. Vollmar.

* **Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses** hat folgende „Resolution“ beantragt: „Das Abgeordnetenhaus wolle sich mit den Besoldungs- und Dienstaltersstufen für Seminarlehrer unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß den Seminarlehrern bei der Einreihung in die oberen Dienstaltersstufen und Besoldungsstufen die Zeit mit angerechnet wird, während welcher sie nach Ablegung der zweiten Lehrerprüfung im öffentlichen Schuldienst definitiv angestellt gewesen sind.“ Ferner beantragt die Budgetcommission, den Betrag an Besoldungszuschüssen zum Zweck der Heranziehung und Erhaltung tüchtiger Lehrkräfte für die technischen Hochschulen in Berlin, Hannover und Aachen für den 1. April 1892/93 von 30000 ℳ zu erhöhen auf 90000 ℳ.

* Der **Städtetag in Breslau**, auf dem sämmtliche schlesischen Städte mit mehr als 10000 Einwohnern vertreten waren, hat die vom Referenten beantragte Resolution gegen das Volksschulgesetz angenommen.

---

* **Die Frage der Neubesetzung des italienischen Botschafterpostens in Berlin** ist noch nicht gelöst. Die Verhandlungen mit dem Botschafter in Madrid, Marchese Maffei, scheinen zu keinem Ergebniß geführt zu haben; dann wurde in Berliner politischen Kreisen auch der italienische Gesandte in Lissabon, die Colobiano, genannt, der zwar ein Vertrauensmann des Marchese di Rudinì ist, aber noch keinen namhafteren Posten bekleidet hat. Inzwischen werden die einst so glänzenden Räume der italienischen Botschaft immer mehr und mehr; zu Bergen haben sich die Kisten, Kasten und Koffer aufsammen, in denen Frau von der Velde, die Stieftochter und Universalerbin des Grafen Launay, dessen Hinterlassenschaft an Hausgeräth aller Art, an werthvollen Erinnerungen, Kunstwerken, Bildern, Büchern mit sich nimmt.

---

* **Auf das Begrüßungstelegramm**, welches die am letzten Sonntag in Heidelberg anläßlich des Parteijubiläums abgehaltene nationalliberale Parteiversammlung an den Fürsten Bismarck absandte, ist bei Herrn Geh. Hofrath Georg Meyer folgendes Schreiben eingelaufen:

Friedrichsruh, 29. Februar 1892.

Für Ihr freundliches Telegramm bitte ich Sie und die betheiligten Herren, meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Ihre wohlwollende Begrüßung erfreut mich als Erinnerung an die Sympathie und den Beistand, welche ich zur Zeit der Begründung des Reichs bei den Nationalliberalen gefunden habe.

v. Bismarck.

* **Aus dem Reichsland.** Es steht jetzt bereits so gut wie fest, daß von den Verwaltungsreform-Gesetzentwürfen nur diejenige über die Gemeindeverfassung die Zustimmung des Landesausschusses finden wird, wogegen diejenigen über die Kreisverfassung und den Wegebau werden abgelehnt werden. Da nun aber die Regierung sämmtliche Entwürfe als ein Ganzes betrachtet, so wird überhaupt Nichts zu Stande kommen. Dieses Ergebniß ist recht bedauerlich, war aber voraussehen, da die Elsaß-Lothringer gar zu sehr am Alten hängen und auf Reformen, namentlich wenn sie Geld kosten, nur sehr schwer eingehen. Wäre die Reform erst eingeführt, so würde Jedermann sie als einen Fortschritt begrüßen, wie bei verschiedenen bereits durchgeführten Reformen, die der deutschen Regierung zu verdanken sind, jetzt allgemein anerkannt wird. Aus den diesjährigen Commissionsberichten des Landesausschusses ergiebt sich dies deutlich. Da jetzt die sämmtlichen vorgelegten Gesetzentwürfe in den Commissionen vorberathen werden, finden z. B. nur wenig Vollversammlungen statt. Indeß wird die Arbeit voraussichtlich doch so beschleunigt werden, daß die Session noch vor Ostern wird geschlossen werden können.

---

* Bekanntlich werden gegenwärtig **Invaliditäts- und Altersrenten** nur auf Grund von Uebergangsbestimmungen gezahlt. Zur Erlangung derselben müssen die Versicherten u. A. ihre versicherungspflichtige Beschäftigung für einen gewissen Zeitraum vor dem 1. Januar 1891, dem Tage des Inkrafttretens des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, nachweisen. Wenn nun das Rechnungsbureau des Reichs-Versicherungsamtes die aus den Entrichtungen während der Uebergangszeit entstehenden Kosten auf die einzelnen Versicherungsanstalten vertheilt, so muß es dabei auch die Zeit vor dem 1. Januar 1891 in Betracht ziehen. Es ist in dieser Beziehung im § 160 des Gesetzes bestimmt, daß bei der Vertheilung der bis zum Jahre 1906 bewilligten Renten das Rechnungsbureau die Versicherungsanstalten, in deren Bezirk der Versicherte während der Jahre 1876 bis 1891 nachweislich in einem versicherungspflichtigen Dienstverhältniß gestanden hat, so zu behandeln hat, als ob während dieser Zeit fortlaufend Beiträge in der Lohnklasse I entrichtet worden wären. Neben den 31 Versicherungsanstalten bestehen noch 8 Kasseneinrichtungen. Die letzteren werden den ersteren sonst gleich erachtet. Bei der erwähnten Rentenvertheilung sollen sie jedoch nach einer Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes verschieden behandelt werden. Eine gemäß § 160 des Gesetzes zu regelnde Vertheilung der während der Uebergangszeit gewährten Renten hat danach nur zwischen den einzelnen Versicherungsanstalten, nicht auch zwischen den Versicherungsanstalten und den bisher zugelassenen Kasseneinrichtungen oder zwischen den verschiedenen Kasseneinrichtungen stattzufinden. Die Kasseneinrichtungen, welche nach ihren Statuten mit Leistungen für bereits ausgeschiedene Kassenmitglieder bisher nicht belastet waren, auch eine solche Belastung bei Bemessung ihrer Beiträge unmöglich in Betracht ziehen konnten, sollen nicht durch das Gesetz genöthigt werden, nachträglich derartige Leistungen zu übernehmen. Wenn Kasseneinrichtungen bei dieser Vertheilungen in Frage kommen, so sollen die letzteren vielmehr nur im Verhältniß der von den Versicherten gezahlten Beiträge vorgenommen werden.

Reichstags-Verhandlungen.

(188. Sitzung vom 5. März 1892.)

Es beginnt die Fortsetzung der Berathung des Auswärtigen Amtes bei der Forderung im Extraordinarium von 2500000 ℳ für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika; die Einnahmen an Zöllen 2c. betragen nach dem Voranschlag 2 Millionen Mark, die Ausgaben 4½ Mill. Mark.

Abg. Bamberger (dfr.). Seine Partei habe sich mit den Thatsachen abfinden müssen und sich darauf beschränkt, einen Abstrich von 1 Million Mark zu beantragen. Er sei nicht geneigt in die Kolonial-Verwaltung eingewirkt, glaube aber doch, daß man mit einem Zuschuß von 1½ Mill. Mark auskommen könne. Die vorliegenden Projekte bergen große Schwierigkeiten und seien geradezu abenteuerlich. Emin Pascha sei verschwunden und habe damit vielleicht ganz wollen, daß ihm manches dort nicht geheuer erscheine. Wißmann sei durch von Soden abgelegt worden, was wohl im Sinne einer gemäßigten Kolonialpolitik sei. Herr von Soden habe Wolf ausgewiesen; juristisch sei das nicht angreifbar, aber die Regierung müsse sich doch darüber erklären. Ob sich wohl die Opfer der deutschen Steuerzahler in absehbarer Zeit lohnten? Der Handel habe keine Aussicht auf Ausdehnung, sei geradezu wenig zu nennen. Das einzig lohnende seien die Ein- und Ausfuhrzölle. Dem Reich koste die ostafrikanische Besitzung schon 28 Millionen, während England jetzt zum ersten Male 400000 ℳ zahle.

Reichskanzler Graf v. Caprivi bemerkt zunächst, daß Wißmann noch Beamter des Reiches sei und hoffentlich nach seiner Genesung wieder Verwendung finden werde. Bezüglich Emin Paschas wäre vielleicht der Schluß zulässig, daß bei ihm nicht alles geheuer sei (Heiterkeit). Was Wolf betreffe, so habe nicht von Soden, sondern er ihn ausgewiesen, um das Odium von seinem Untergebenen abzunehmen. Die Wolf'schen Telegramme seien mit solcher apodictischer Sicherheit ausgesprochen, daß sie einen den Kolonien nicht förderlichen Eindruck hervorrufen mußten. Die Kolonialbummler seien für die Kolonien schädlich. Erst nach dem Untergang der Expedition Zalewski habe Wolf im „Berl. Tagebl.“ viel Geld und die Stellung des richtigen Mannes an die richtige Stelle verlangt; seine Schilderung sei kohlschwarz von Beschimpfungen gewesen. Die Thatsachen hätten aber bewiesen, daß keine Gefahr vorhanden gewesen. In der Depesche von Sodens an ihn, Redner, die mit dem Wortlaut „Alles ruhig“ veröffentlicht worden sei, habe noch als Zusatz gestanden, „ausgenommen Eugen Wolf“ (Große Heiterkeit). Herr Wolf hatte Recht mit seiner Unzufriedenheit in den Kolonien, es sei aber alles unzufrieden, der Neger, der indische Kaufmann, der Deutsche. Wolf habe sich bescheiden „vox populi“ genannt; welches Volk sei damit gemeint, das schwarze, das braune oder das weiße? Verwerflich in dieser Art, wie Wolf sich über v. Sodens persönliche Verhältnisse geäußert, den Thatsachen zuwider ihm „Prassen im Wohlleben“ vorgeworfen; für ein solches Verhalten fehle der Ausdruck. Von Sodens letzter Bericht besage, daß Niemand dort an Aufstand denke; der Häuptling der Wahehe habe erklärt, daß er mit den Deutschen im Frieden leben wolle. Redner erklärt dann, daß er Wolf nicht nur ausgewiesen habe, sondern auch gewillt sei, die Ausweisung aufrecht zu erhalten.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.): 2½ Millionen Mark sei das Wenigste, was man bewilligen könne. Die Zölle und Steuern brächten sehr wenig ein. Gegenüber dem Abg. Bamberger weise er darauf hin, daß die Aussicht auf Vervollkommnung die beste sei; Tabak und Baumwolle habe eine Zukunft; ebenso der Gummi. Es geschehe zu wenig für die Kolonien, die von den Herren von der Linken geringschätzig geschildert würden. Die Angabe Wolfs über die Civilblockatur v. Sodens sei allerdings Ueberkreibung, aber das zu stramme Regiment schrecke das Privatkapital ab. Redner bittet, die geforderten Mittel zu bewilligen.

Abg. Graf v. Hoensbroech (Centr.): In so kurzer Zeit könne man von den aufgewandten Mitteln keine Erfolge verlangen. Das Centrum werde auch in Zukunft die Regierung in gemäßigter Kolonialpolitik unterstützen, deren vornehmste Aufgabe der Schutz der Missionsthätigkeit und die Verhütung der Schnapseinfuhr sei.

Geh. Rath Kayser stimmt dem Vorredner bezüglich der Wirksamkeit der Missionen und der Schädlichkeit der Branntweineinfuhr zu. Ueber die Höhe der Steuern seien noch keine Klagen laut geworden. Da die Kolonien früher in der englischen Interessensphäre gelegen, so sei der Export und Import, wenn er auch noch so klein sei, immer als erkreuliches Wachsthum zu erachten.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) spricht ebenfalls für die Bewilligung; alle abfälligen Urtheile seien unberechtigt.

Abg. Barth (dfr.): Seine Freunde seien für das System Soden; ein Grundsatz des Reichskanzlers gebe jedoch zu Bedenken Anlaß; es komme dadurch lediglich auf das Bleiben des Kanzlers an, wieweit er Kritik dulden wolle. Er, Redner, sei nicht von Berechtigung der Ausweisung Wolfs wegen seiner Kritik überzeugt. Erst durch die Ausweisung und nach derselben sei Wolf bekannt geworden und habe sich dem Reichskanzler unbequem gemacht. Zudem könne er von Zanzibar aus jetzt, wo er berühmt geworden, sehr leicht seine Berichte schreiben.

Abg. Graf Mirbach (kons.) hält die Ausweisung Wolfs für berechtigt. Im Uebrigen sei vom civilisatorischen Standpunkt aus die Forderung zu bewilligen.

Abg. Rickert (dfr.). Mit der Kolonialschwärmerei werde weder Reich noch Zuwachs an Macht, sondern nur eine bedenkliche Schwächung gebracht. Was Wolf betreffe, so sei in der Commission festgestellt, daß die verbündeten Regierungen ihn als Patrioten erkannt hätten. Wolf sei nur übereifrig gewesen, man hätte andere Formen wählen müssen, wenn man ihn beseitigen wollte. Empfindlichkeit sei im constitutionellen Staatswesen nicht angebracht.

Die Forderung wird bewilligt gegen die Stimmen der linken Seite des Hauses.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Etat der Schutzgebiete, Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten betreffend das Urheberrecht.

Deutscher Landwirthschaftsrath.

Dem soeben erschienenen Geschäftsbericht des deutschen Landwirthschaftsraths ist zu entnehmen, daß zwischen den Landesregierungen und der Reichsregierung Verhandlungen über die Frage des Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter stattgefunden haben. Ob diese Verhandlungen eine Grundlage für die einheitliche gesetzliche Regelung der Frage haben gewinnen lassen, sei bisher nicht bekannt geworden. „In landwirthschaftlichen Kreisen“, so heißt es weiter in dem Geschäftsbericht, „wird im Allgemeinen die Forderung der Bestrafung des Kontraktbruches zustimmend beurtheilt. Ausdrücklich gegen die reichsgesetzliche Regelung hat sich indessen das Generalkomitee des landwirthschaftlichen Vereins im Königreich Bayern erklärt, weil in Bayern das Bedürfniß einer derartigen gesetzlichen Regelung nicht vorliege; im Uebrigen greift unter den Landwirthen jetzt selbst das Bestreben Platz, zu gemeinsamer Arbeit und Selbsthülfe sich zusammenzuschließen, um besserend und regelnd auf die ländlichen Arbeitsverhältnisse einzuwirken. Es geschieht dies einestheils, um rechtswidrigem Verhalten der Arbeitnehmer entgegenzuwirken, oder um auf Haltung und Löhnung bezügliche Abmachungen zu treffen, andererseits aber auch nicht minder, um zu prüfen, an welchen Stellen und wie eingegriffen werden müsse, um durch Hebung der materiellen und sozialen Lage der ländlichen Arbeiter Zufriedenheit in dieser Bevölkerungsklasse einzubürgern. Wird so auf dem Wege der Selbsthülfe in Zukunft Manches erreicht werden können, so werden doch auch die Regierungen auf die Dauer sich der Nothwendigkeit nicht entziehen können, die Arbeiterverhältnisse eingehend zu prüfen und dort auf dem Wege der Gesetzgebung einzugreifen, wo die Mittel der Selbsthülfe versagen. In erster Linie wird die Gewinnung besserer gesetzlicher Grundlagen für die Arbeitsverträge dabei in Frage kommen, auf welche die vorjährigen Berathungen des Landwirthschaftsraths bereits hinwirkten.“ — „Was die Frage der Errichtung von Freibänken zur Verwerthung minderwerthiger Thiere anlangt,“ so heißt es ferner in dem Geschäftsbericht, „so ist es, Angesichts des namentlich in Norddeutschland noch vielfach bestehenden Mißtrauens gegen die Einführung der Freibänke, erkreulich, konstatiren zu können, daß in einer Anzahl von Städten die Einführung von Freibänken theils bereits vollzogen, theils geplant ist. Es macht sich in immer weiteren Kreisen die Ueberzeugung geltend, daß die Freibankeinrichtung nicht nur ein Korrelat der sich stetig ausbreitenden obligatorischen Fleischbeschau ist, sondern auch als nothwendige Folge des Nahrungsmittel-Gesetzes zur Einführung gelangen muß. Der gegenwärtig noch geleistete Widerstand, in der Regel von den Angehörigen des Schlächtergewerbes ausgehend, wird der zunehmenden Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer der besseren Kontrole über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, ebenso wie der angemessenen Verwerthung der Viehprodukte dieselben Einrichtung mehr und mehr weichen. Für große Städte, in denen die Errichtung der Freibänke infolgen Schwierigkeiten unterliegt, als nicht immer eine genügende Kontrole über den Verkehr und den Verbleib des auf der Freibank verkauften Fleisches möglich ist, dürfte ein neuerdings zur Verwendung gelangter Desinfektor (Kobrbecher'scher Desinfektor) ein Mittel bieten, um auch hier zu einer angemessenen Verwerthung beanstandeten, aber für den Genuß unter Beschränkung zuzulassenden Fleisches zu gelangen. Auf dem Berliner Central-Viehhof ist dieser Apparat nach wiederholter Prüfung zur Aufstellung und Anwendung gelangt. Wenn in vielen Städten Norddeutschlands zur Zeit noch entsprechende Einrichtungen fehlen, so dürfte die Anregung der landwirthschaftlichen Vereinigungen wesentlich geeignet sein, darin einen Wandel herbeizuführen. Von einer Anzahl von Städten ist dem Vorstande inzwischen bereits Mittheilung von erfolgter oder beabsichtigter Einführung der Freibank-Einrichtung gemacht worden. Erwähnt sei noch, daß auch der deutsche Veterinärrath in seiner letzten Plenarsitzung den Beschlüssen des Landwirthschaftsraths zur Freibankfrage vollinhaltlich beigestimmt hat, sowie daß die Königlich sächsische Deputation für das Veterinärwesen bei ihrer Begutachtung eines die allgemeine Durchführung der Fleischbeschau beabsichtigenden Gesetzentwurfes, im Anschluß an die Beschlüsse des Landwirthschaftsraths, die Errichtung der Freibänke als Correlat und nothwendige Folge der allgemeinen und obligatorischen Fleischbeschau anerkannt hat.“

In der Angelegenheit der „Regelung der Gebräuche im Futtermittelhandel“ hat die mit der Bearbeitung betraute Kommission unter dem Vorsitz des Domänen-Raths Rettich (Rosenhagen) umfassende Verhandlungen gepflogen. Die Verhandlungen mit Vertretern des Handels und der Industrie sind gemeinschaftlich mit Vertretern der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft, des Verbandes der landwirthschaftlichen Vereinsstationen und einem Vertreter der Anwaltschaft des Verbandes der deutschen landwirthschaftlichen Genossenschaften geführt worden.

Den Hauptberathungs-Gegenstand der Verhandlungen bildete die Aufstellung allgemein gültiger Grundsätze für den Handel mit käuflichen Futtermitteln. — Die Ermittelungen über das Durchschnittsgewicht des Getreides deutscher Produktion, welche im Jahre 1889 und 1890 durch den Vorstand bei den landwirthschaftlichen Centralvereinen veranlaßt wurden, werden auch aus Zeit für die Ernte 1891 fortgesetzt. Die Ergebnisse der Ermittelung der Ernte 1890 sind den preußischen Ministern für Handel und Landwirthschaft überreicht worden. — Es ist bekannt, daß das veränderte Zuckersteuergesetz den Wünschen der Interessenten nicht entspricht. Indem der Fortfall der Materialsteuer und die allmähliche Beseitigung jeder Prämie in Aussicht genommen wird, muß sich die deutsche Rübenzucker-Industrie auf völlig neuen Grundlagen einzurichten suchen. Ob ihr dies so gelingen wird, daß sie auch ohne den bisher gewährten Schutz ihre Stellung auf dem Weltmarkte behaupten wird und gegenwärtig noch doch vielen Seiten bezweifelt. — Der Ausschuß des Deutschen Landwirthschaftsraths hat sich in seiner letzten Sitzung mit einem Antrage des Mecklenburg-Strelitzschen landwirthschaftlichen Hauptvereins betreffs Untersuchung des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für Oelfrüchte und Oel beschäftigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920307 1-15/fragment/page=0002

Nach Ansicht des Ausschusses liegt die Hauptursache des gedachten Mißverhältnisses in der Spekulation in Oestreichischen, namentlich in der spekulativen Verwendung der ostindischen Oestreichischen zu zeitweisem Druck der Preise für die inländischen Produkte. Soweit diese Hauptursache in Frage steht, wird dieselbe bei Gelegenheit der Bewegung über Maßregeln gegen Terminspekulation überhaupt mitbehandelt werden. Auf eine Ergründung sonstiger Ursachen glaubte der Ausschuß nicht eingehen zu sollen, da es sich dabei wesentlich nur um lokal auftretende und in den einzelnen Jahren durchaus wechselnde Verhältnisse handeln könne; auf die man einen Einfluß doch nicht werde gewinnen können. —

Gestorben sind im vergangenen Jahre die Mitglieder: Rittergutsbesitzer von Saucken (Julienfelde) und Landes-Oekonomie-Rath Kern (Breslau) und die stellvertretenden Mitglieder: Oekonomie-Rath Ruoß (Niederreuthin in Württemberg), Rittergutsbesitzer Wolters (Düsseldorf), Rittergutsbesitzer v. Bieberstein (Alberstein in Anhalt).

Politische Rundschau im Auslande.

— Griechenland. Der neuernannte Finanzminister Deimezis ist vereidigt worden. Die Ernennung des ehemaligen Gesandten in Rom Meletopulos zum Minister des Auswärtigen gilt als unmittelbar bevorstehend.

Nach Athener Meldungen hat eine Versammlung von Mitgliedern des Parlaments beschlossen, dem Könige die Erklärung abzugeben, daß die Kammer alle seine Anstrengungen unterstützen werde, um alle Gefahren der gegenwärtigen Lage zu beseitigen. Der König hat eine Deputation dieser Versammlung empfangen und ihnen die Hoffnung ausgesprochen, daß er das Land mit ihrer Unterstützung aus seiner schwierigen Lage werden befreien können. — Inzwischen sucht eine „autoritative" Meldung der Pol. Korr. aus Athen wie folgt zu beschwichtigen:

„Die angeblichen Störungen der Ordnung anläßlich der letzten Krisis reduzirten sich darauf, daß Anhänger von Delyannis eine unerheblich Kundgebung veranstalteten, während sich eine bei weitem größere Volksmenge in die Nähe des königlichen Schlosses begeben hätte, um ihrer Zustimmung zu dem Entschlusse des Königs Ausdruck zu geben. Seit dem Amtsantritt des neuen Kabinets sei die Ruhe in Athen und im ganzen Lande nicht gestört worden. Die Ursache der letzten Krise habe thatsächlich in Meinungsverschiedenheit zwischen dem König und Delyannis über staatsfinanzielle Maßnahmen gelegen."

— Oesterreich-Ungarn. In den politischen Kreisen Wiens verlautet, daß, wenn der Adel die Form des altczechischen Antrages auf Vertagung des Ausgleiches annimmt, die Regierung den böhmischen Landtag auflösen wolle. Die offizielle „Montagsrevue" meint, mit Einbringung der Landtagswahlordnung habe die Regierung den Altczechen die Erfüllung ihrer patriotischen Pflicht und des gegebenen Wortes erleichtert, das sollte anerkannt werden vorläufig durch Eingehen in die Berathung im Ausschusse, dann durch den Landtag selbst. Die Ablehnung jeder Berathung, auch der Landtagswahlordnung, entbehrte eine endgültige Absage. — Finanzminister Steinbach bereitet eine Organisation vor, wonach die gesammte Steuerzahlung zukünftig bei den Postsparkassen erfolgen soll; desgleichen sollen alle Zahlungen des Staates, auch der Beamtengehälter, den Postsparkassen übertragen werden. Beide Verfügungen hängen mit der Einführung der Goldwährung in Oesterreich-Ungarn zusammen und bezwecken die möglichste Vereinfachung des Geldverkehrs. — Der Honvedminister Fejervary legte sein Abgeordnetenmandat in Budapest nieder. Die Wahl dürfte angefochten und wäre voraussichtlich für ungültig erklärt worden.

— Frankreich. Die Zolleinnahmen im Monat Februar ergaben einen Mehrertrag von 5 562 900 Frcs. gegenüber dem Budgetvoranschlag und einen Mehrertrag von 10 339 00 Frcs. im Vergleiche zu dem des Februars 1891.

— England. Bei den Wahlen zum Gemeinderath von London wurden 69 Fortschrittler und 25 Gemäßigte gewählt; da nur noch 24 Wahlerabteilungen ausstehen, so ist eine fortschrittliche Mehrheit des Gemeinderathes gewiß.

— Serbien. Die Skupschtina erledigte die Berathung des Budgets der Ministerien des Auswärtigen und des Cultus und begann die zweite Lesung des Budgets. Ein Antrag auf Streichung der Civilattachés bei den Gesandtschaften in London und Berlin wurde abgelehnt. — In den letzten Sitzungen des Ministerrathes und des radicalen Clubs wurde die Cabinetsfrage besprochen; das Ergebnis ist noch unbekannt.

— Rußland. Die „Rordische Telegraphenagentur" bezeichnet das konstantinopeler Gerücht, der frühere Kawaß Iwanow sei der Meuchelmörder von Bulkovic, als durchaus unbegründet. Iwanow sei bereits zwei Monate vor der That nach Odessa übergesiedelt und habe diese Stadt seither nicht verlassen. Generalmajor Malana, Chef des Generalstabes im Ujewer Bezirk, hat eine anderweitige Bestimmung erhalten. Die Aufnahme von Hörern in den land- und forstwirthschaftlichen Institute von Nowoja Alexandria in Congreßpolen ist wieder freigegeben worden.

Aus Nah und Fern.

In Sofia fand am Sonnabend für den bulgarischen Agenten Bulkovic ein Requiem statt, welchem die Prinzessin Clementine, die Minister und das diplomatische Korps beiwohnten.

Erdbeben. In Biella auf Sardinien wurde in der Nacht zum Sonnabend ein ziemlich heftiges Erdbeben verspürt.

Die Prinzessin Amalie, älteste Tochter des Herzogs Karl Theodor von Bayern, aus dessen erster Ehe hat sich gestern mit dem Herzog Wilhelm von Urach verlobt.

Der Selbstmord des jungen Grafen Clafy, Sohnes des ungarischen Unterrichtsministers, hat in Budapest große Theilnahme für den unglücklichen Vater wachgerufen. Der junge Clafy hatte das Rechts-Studium absolvirt, aber den Doktorgrad noch nicht erlangt. Bei den letzten Reichstagswahlen hat er ein Mandat erworben. Auf dem Mandats-Certificate wurde er fälschlich Doktor genannt. Er war nun in steter Angst, daß entweder das Mandat nicht ihm gehöre, oder daß man meinen werde, er selbst habe sich einen falschen Titel beigelegt. Der Justizminister suchte ihn über diese Skrupel zu beruhigen; sie gewannen aber so sehr die Herrschaft über sein ganzes Denken, daß seine geistigen Kräfte gestört wurden und er in einem Augenblicke der Verzweiflung zum Revolver griff.

Lebendig begraben! Aus Hattingen (Ruhr), (4. März) wird berichtet: Folgender Unglücksfall hat sich auf der Henrichshütte hierselbst ereignet; ein in der Eisengießerei daselbst beschäftigter Kesselwärter wurde dabei buchstäblich lebendig gebraten. Andere Arbeiter wurden auf einen stärker und stärker werdenden Geruch nach versengtem Fleisch aufmerksam. Bei näherer Nachforschung fanden sie dann auch den verunglückten Kesselwärter in einem wirklich entsetzlichen Zustande auf: die Kleider waren zu Asche verbrannt, und der ganze Körper bes Verunglückten, mit Ausnahme des Kopfes war wie gebraten. Und dennoch war der Bedauernswerthe noch sieben volle Stunden bei Besinnung, ehe ihn der Tod von seinen furchtbaren Qualen erlöste. Wie sich das entsetzliche Unglück zugetragen, das war aus dem Manne nicht mehr herauszubringen. Wie festgestellt ist, war er zur Zeit der Katastrophe allein im Kesselraume beschäftigt gewesen; eine Aufklärung, wie der Vorfall sich abgespielt hat, kann deshalb mit Bestimmtheit nie gegeben werden. Der Verunglückte war verheirathet und Vater mehrerer Kinder.

Einen wehmuthsvollen Gedenktag, einen Gedenktag seltenster Art, begeht am heutigen 7. März die Großherzogin-Mutter Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, die einzige noch lebende aus dem Geschwisterkreise weiland Kaiser Wilhelms I. Am 7. März 1842 starb nämlich ihr Gemahl, der Großherzog Paul Friedrich nach fast 30jähriger Ehe; die Großherzogin-Mutter blickt also heute auf eine 50jährige Witwenschaft zurück. Mit welcher Liebe dies allein noch übrig gebliebene Kind der Königin Luise an ihrem Gatten hing, davon steht man in Schwerin noch heute ein redendes Beispiel. Inmitten der stolzesten Gebäude der mecklenburgischen Hauptstadt, gegenüber dem prächtigen Schlosse, dem herrlichen Museum, neben dem prachtvollen Theater und dem monumentalen Regierungsgebäude steht ein einfaches, aus Fachwerk erbautes, langgestrecktes Giebelhaus — das ehemalige Palais des großherzoglichen Paares. Das Haus nimmt sich dort in seiner wunderlichen Einfachheit, um nicht Armlichkeit zu sagen, merkwürdig genug aus. Fremde schütteln den Kopf darüber, aber das Haus steht kraft Wunsches der Großherzogin-Mutter, welche nicht will, daß in ihrer Lebenszeit das Gebäude falle, die Räume verändert werden, in denen sie 20 Jahre einer so glücklichen Ehe verlebte. Paul Friedrich, auf den Mecklenburg so große Hoffnungen zu setzen berechtigt war, starb im Alter von nur 42 Jahren, heute vor 50 Jahren. Sein Nachfolger Friedrich Franz II. kam erst vor von 19 Jahren zur Regierung und starb mit 60 Jahren, 1883. Da bestieg Friedrich Franz III. den Thron; er weilt seit Jahren meist krank im südlichen Frankreich. Der jetzige Erbgroßherzog ist 10 Jahre alt. — Die im 90. Lebensjahre stehende Großherzoginmutter hat sich ihre Rüstigkeit und geistige Frische bewahrt, sie besucht noch regelmäßig das Theater und erregt natürlich besonders die Aufmerksamkeit der Fremden, denen die unverkennbare Aehnlichkeit mit ihrem großen Bruder auffällt.

Den Tod im Amte des Schulunterrichts fand der 60jährige Lehrer und Kantor Krüger in Heinrichswalde. Man kann sich den Schreck der Kinder denken, als ihr Lehrer plötzlich, von einem Schlaganfall getroffen, todt zu Boden stürzte.

Verbrannt sind 107 Kühe bei einem großen Feuer auf dem Gute Ober-Plehnen.

XIII. Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen.

— r Merseburg, 6. März 1892.

Der am heutigen Tage Mittags 12 Uhr im Schloßgarten-Salon erfolgten Eröffnung des Provinzial-Landtages ging um 10 Uhr ein Gottesdienst im Dom voraus. Der Predigt des 1. Domprediger, Professor Martius, war als Text unterlegt Jesaias 58, 5—8. Die von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden, von echt christlicher Liebe zeugenden Ausführungen des Redners gipfelten in dem Satze: „Dem Herrn nachfolgen im Dienste der helfenden und heilenden Liebe ist das echte evangelische Fasten; wo das Licht der wahren Liebe scheint, da muß auch die Morgenröthe anbrechen, welche die Hoffnung aufrecht erhält und deren versöhnender Wirkung selbst verbitterte Gemüther sich nicht verschließen können."

Der Domchor brachte die Schumann'sche Motette: „Herr, ich habe lieb die Stätte Deines Hauses" in erhebender Weise zum Vortrag.

Die Eröffnungsrede Sr. Excellenz, des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz, Herrn von Pommer Esche, hatte folgenden Wortlaut:

Hochgeehrte Herren!

Es gereicht mir zur besonderen Freude, Sie beim Wiederbeginn Ihrer Arbeiten Namens der Königlichen Staats-Regierung von Neuem willkommen zu heißen.

Seit Sie das letzte Mal hier versammelt waren, ist der Provinz Sachsen die hohe Auszeichnung und Ehre zu Theil geworden, Se. Majestät den Kaiser und König und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin in Ihrer Mitte erhurchtsvollst begrüßen zu dürfen. Die huldvollen Gesinnungen, welche Ihre Majestäten während Ihrer wiederholten Anwesenheit in der Provinz Sachsen Allerhöchst auszusprechen geruht haben, werden in der Erinnerung der Bevölkerung unvergeßlich fortleben.

Ihre vorjährigen Beschlüsse haben, soweit sie sich auf die anderweite Regelung des Wegewesens der Provinz Sachsen bezogen, inder für dieselbe unterm 11. Juli v. J. erlassenen Wegeordnung in weitem Umfange Berücksichtigung gefunden. — Die von Ihnen befürwortete Veränderung der Grenzen zwischen dem Saalkreis und den Stadtkreis Halle a. S. durch Zutheilung des Gutsbezirks Freimfelde an den Letzteren ist durch Gesetz vom 19. Mai 1891 verwirklicht worden. — Der von Ihnen ferner begutachtete Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand von Herzogthum Sachsen-Meiningen an Preußen abgetretener Gebietstheile im Kreise Weißenfels sowie die Abtretung preußischer Gebietstheile an Sachsen-Meiningen hat gleichfalls die gesetzliche Sanktion erhalten. — Ihre gutachtliche Aeußerung über die Ihnen vorgelegte Frage wegen gesetzlicher Regelung der Entschädigungspflicht für an Milzbrand gefallene Thiere habe ich den Herren Ressortministern mitgetheilt und mich in Uebereinstimmung mit Ihnen gegen die Aufhebung der in dieser Beziehung für die Hohenzollernschen Lande ergangenen Vorschriften auf die diesseitige Provinz ausgesprochen. — Der von Ihnen beschlossene 5. Nachtrag zu dem Statut des Provinzialverbandes von Sachsen hat in der von Ihnen festgestellten Fassung die Allerhöchste Bestätigung erhalten.

Während der bevorstehenden Tagung nimmt die Königliche Staatsregierung Ihre Mitwirkung für die Wahl der bürgerlichen Mitglieder der Ober-Ersatzkommission und für die anderweite Organisation der Deuxmalspflege in Anspruch. Zu letzterem Zwecke wird die Bildung einer Provinzialkommission und die Anstellung eines besonderen Provinzial-Konservators vorgeschlagen. Nachdem sich die Provinziallandtage anderer Provinzen mit diesem Gegenstande befaßt haben, soll Ihnen ebenfalls Gelegenheit gegeben werden, Sich über diese im Interesse der heimischen Denkmalspflege wichtige Angelegenheit sowie insbesondere darüber schlüssig zu machen, ob und inwieweit hierzu Mittel der Provinz zur Verfügung gestellt werden sollen. Weitere Vorlagen der Königlichen Staatsregierung stehen z. Z. nicht in Aussicht.

Ihre diesmaligen Berathungen werden sich daher wesentlich mit den kommunalen Angelegenheiten des Provinzialverbandes zu beschäftigen haben. Ueber die Ergebnisse der Provinzialverwaltung in der gegenwärtigen Haushaltungsperiode hat der Provinzialausschuß in gewohnter Weise einen umfassenden Bericht erstattet, welcher den erfreulichen Beweis liefert, daß die provinzielle Selbstverwaltung Sachsen eine wohlgeordnete ist und den ihr gestellten vielfachen Aufgaben gerecht zu werden mit bestem Erfolge bemüht ist. Der Haushaltsplan für die beiden nächsten Jahre wird auch diesmal den Mittelpunkt Ihrer Berathungen bilden. Daneben wird Sie die Herstellung der für Ihre Verwaltung erforderlichen Erweiterungs- und Neubauten beschäftigen. — Besondere Beachtung verdienen sodann diejenigen Vorlagen des Provinzial-Ausschusses, welche sich auf die Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli vorigen Jahres und die durch dasselbe anderweit geregelte Uebernahme der öffentlichen Fürsorge für Geisteskranke, Epileptische, Taubstumme, Blindenund Idioten beziehen. Unter diesen Vorlagen ist der Ihnen seitens des Provinzial-Ausschusses unterbreitete Vorschlag zur Errichtung einer Pflege- und Heilanstalt für Epileptische von besonderer Bedeutung. — Bei den von Jahr zu Jahr wachsenden Aufgaben und Bedürfnissen des Provinzialverbandes ist es unvermeidlich geworden, die Aufnahme einer neuen Anleihe Ihrer Beschlußfassung zu unterbreiten. Ich darf vertrauen, daß Sie mit der bisher bewährten Opferwilligkeit die zur Durchführung der Ihrer Verwaltung gestellten Aufgaben erforderlichen Mittel bewilligen werden.

Die außerordentliche Zunahme der Geschäfte bei der Provinzial-Verwaltung und namentlich bei der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstaltbedingen eine weitere Vermehrung der oberen Provinzialbeamten, worüber Ihnen ebenfalls eine Vorlage zugehen wird. Im Zusammenhange hiermit steht die vom Provinzial-Ausschuß empfohlene anderweite Regelung der Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. — Da Ihnen außer den vorangedeuteten noch weitere mehr oder minder umfangreiche Vorlagen aus dem Gebiete der Provinzialverwaltung unterbreitet werden, so wird Ihre Thätigkeit während der diesmaligen Tagung vollauf in Anspruch genommen sein. Ueberzeugt, daß es Ihnen gelingen wird, mit gewohnter Sachkenntniß Ihre mannigfachen Aufgaben zu lösen, gebe ich dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck, daß Ihre Berathungen auch diesmal der Provinz zum Segen gereichen mögen.

— Im Allerhöchsten Auftrage erkläre ich den XIII. Landtag der Provinz Sachsen für eröffnet.

Vor Eintritt in die Verhandlungen brachte der Alterspräsident, Abg. Sachse-Neuhaldensleben ein dreifaches Hoch aus auf Se. Majestät, den Kaiser und König, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Durch Namensaufruf wird die Anwesenheit von 83 Mitgliedern des Landtags festgestellt.

Auf Antrag des Abg. Bürgermstr. Born-Magdeburg wird Seine Durchlaucht Otto Fürst zu Stolberg-Wernigerode zum Vorsitzenden des Landtags und auf Antrag des Abg. Landrath von Rauchhaupt-Oberbürgermeister Geheimer Regierungs-Rath Böttcher-Magdeburg als Stellvertreter des Vorsitzenden durch Zuruf gewählt.

Zur Verwaltung des Schriftführamtes werden gewählt die Abg. Landrath Böttcher-Querfurt, Bürgermeister Reinefarth-Merseburg, Bürgermeister a. D. Sachse-Neuhaldensleben, Landrath Winckler-Zeitz.

Als Mitglieder des Landtags-Vorstandes werden wiedergewählt die Abg. Kgl. Kammerherr v. Breitenbauch-Nauis, Bürgermeister Kirchhoff-Erfurt, Landrath Graf v. Wartensleben-Genthin.

Einen ehrenden Nachruf widmet der Vorsitzende den verstorbenen Abgeordneten Landrath Elvers-Wernigerode, Bürgermeister Hochbaum-Treffurt, Rittergutsbes. Rödiger-Schafstedt, sowie dem früheren Landeshauptrath von der Beck.

Bei Vornahme der Wahlen für die einzelnen Kommissionen werden gewählt:

I. Als Mitglieder der Rechnungskommission die Abgeordneten Schreckes, Dr. Schild, Wiebeck, Arnold, v. Richter, Göbel, Hauswaldt, Simon, Otto, Tellemann, v. Voß.

II. Als Mitglieder der Kommission für Feuer-Societäts-Angelegenheiten die Abgeordneten v. Marschall, Knobloch, v. Bredow, v. Breitenbauch, Scherre, v. Hanstein, Apel, v. Bismarck, Werner, Weydemann, Dr. Schweinsberg.

Nach Verlesung der dem Landtage zugegangenen Vorlagen wird die Sitzung 1 Uhr 20 Min. geschlossen.

Nächste Sitzung: Montag, den 7. März, Vorm. 10 Uhr.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet.

W Schafstädt, 6. März. (Eineunfeßlicher Unglücksfall,) der leider den Tod eines Menschen im Gefolge gehabt hat, trug sich gestern Abend hier zu. Der bei dem Gutsbesitzer Hochbeim seit einer langen Reihe von Jahren bedienstete Knecht Böhme stieß sich beim Abspringen von einem Düngerwagen die im Boden steckende Mistgabel durch das Gesäß in den Unterleib etc, so zwar, daß die Spitze des Gabelstiels vorn am Unterleibe wieder zum Vorschein kam und über der Bauchdecke hervor stand. Der Stiel mußte erst aus dem Körper des Unglücklichen herausgezogen werden, was unter Anwendung äußerster Vorsicht geschah. Der hinzugezogene Arzt ordnete sofort die Ueberführung des Schwerverletzten nach der Universitätsklinik in Halle an, doch war bei der Art der Verwundung Hülfe nicht möglich. Der Mann, welcher seine Frau und vier kleine Kinder hinterläßt, verstarb heute Vormittag in Gegenwart eines jüngeren Bruders, welcher eines anderen Leidens wegen nach der genannten Anstalt gebracht worden war und in diesen Tagen von dort entlassen werden sollte.

m Magdeburg, 6. März. (Reifeprüfung. — Verurtheilung. — Brieftaubenklub.) Vorgestern fand am hiesigen König Wilhelms-Gymnasium die mündliche Abiturientenprüfung statt. Die sechs Oberprimaner, die sich derselben unterzogen, erhielten das Zeugniß über Reife, einer von ihnen unter Befreiung von der mündlichen Prüfung. Dem Vorsitz führte Herr Provinzial-Schulrath Dr. Kramer. — In der Disciplinarunterrichtssache gegen den Direktor Dr. Zieftrunk ist dieser gestern zu einer Ordnungsstrafe von 90 ℳ und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt worden. — Nach dem Gesetz vom 21. Juli 1852 kann — so fügt die Mgd. Ztg. dieser Nachricht hinzu — gegen den nichtrichterlichen Beamten, der „die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt", auf Entfernung aus dem Amte oder auf Ordnungsstrafe erkannt werden; Ordnungsstrafen sind Warnung oder Verweis oder Geldbuße. Die Geldbuße darf über den Betrag des einmonatlichen Dienstesinkommens nicht hinausgehen. — Hierselbst hat sich unter dem Namen „Schnellpost" ein Brieftaubenklub gegründet.

‡ Torgau, 6. März. (Abgefaßt.) Wir berichteten in unserer vorigen Nummer von einem frechen, auf dem Rittergute zu Falkenberg ausgeführten Diebstahl und sprachen dabei zugleich die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, der Verbrecher habhaft zu werden. Diese Hoffnung hat sich über Erwarten schnell erfüllt. Aus Leipzig wird nämlich Folgendes geschrieben: Ein hiesiger Polizeibeamter fand gelegentlich einer Revision im Leihhause einen Uebertrag in letzter Zeit in Schnecken dorf, Liebenwerda und Falkenberg gestohlenen Silbersachen im ungefähren Werthe von 150 ℳ daselbst versetzt vor, worauf es alsbald gelang, den Urheber der vielfachen Einbruchsdiebstähle zu ermitteln und festzunehmen. Es ist eine 33jährige, in der Brüderstraße wohnhafte Handarbeiters-Ehefrau aus Schneckendorf bei Torgau, die früher in der gedachten Gegend bedienstet und daher mit den örtlichen Verhältnissen völlig vertraut war. Bei einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Haussuchung wurden noch große Mengen der gestohlenen Sachen vorgefunden und beschlagnahmt.

+ Prettin, 5. März. (Pestalozzifest.) Vor völlig ausverkauftem Hause wurde gestern unter dem wohlverdienten Beifall desselben das vom Rektor Herrn Selter hier verfaßte und schon von vielen Kriegervereinen aufgeführte patriotische Festspiel: Barbarossa's Erwachen von den Mitgliedern des hiesigen Pestalozzi- und Lehrervereins zur Darstellung gebracht. Der Ertrag, 170 Mark, eine erfreuliche hohe Summe, wird der Pestalozzi-Kasse unserer Provinz zufließen. Eine nochmalige Aufführung desselben wird allgemein gewünscht.

= Roßla (goldene Aue), 6. März. (Der landwirthschaftliche Verein der beiden südharzischen Grafschaften Stolberg) feierte dieser Tage hier sein diesjähriges Stiftungsfest durch Concert, Festvortrag, Festessen und Ball. Den Festvortrag hielt Herr Kützing, Direktor der landwirthschaftlichen Winterschule zu Worbis, über das Thema: „Wie zeigt sich die Arbeit der Hausfrau in der Landwirthschaft am nöthigsten und wie verwerthet sich die Arbeit der Frau des Landwirths am höchsten?" Am Schlusse seines sehr beifällig aufgenommenen Vortrags empfahl der Redner den anwesenden Landwirthen und deren Frauen, ihre Töchter in der mit sehr gutem Erfolge arbeitenden „Landwirthschaftlichen Haushaltungsschule zu Nebra a. d. Unstrut" ausbilden zu lassen.

M. Stendal, 6. März. (Das Provinzialfest des Evangelischen Bundes) wird, wie wir schon kurz erwähnten, voraussichtlich am 17. und 18. Mai in Stendal stattfinden. Am 17., Nachmittags 5 Uhr, wird ein Gottesdienst in der Marienkirche, Abends eine Volksversammlung im Hartiesschen Saale abgehalten werden. Am 18. früh ist die Delegirtenversammlung angesetzt, Mittags findet ein gemeinschaftliches Essen statt, dem Nachmittags eine Besichtigung der altmärkischen Alterthümer und des Domes folgen wird. Abends wird im Hartiesschen Saale die zweite Versammlung abgehalten. Die Namen der Redner werden demnächst veröffentlicht werden.

Industrie, Handel und Finanzen.

— Mailänder 10 Lire-Loose. Die nächste Ziehung findet am 16. März statt. Gegen den Coursverlust von ca 13 Mark pro Stück bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Carl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von Mark 0,40 pro Stück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920307 1-15/fragment/page=0003

— Silbercours. Der Cours, zu welchem die in Silber zahlbaren Coupons der österreichischen und ungarischen Werthpapiere, sowie die ausgeloosten Stücke an den deutschen Zahlstellen eingelöst werden, ist von 86½ auf 85½, ermäßigt worden. Es werden demnach bis auf Weiteres für 100 fl. bezahlt 171.75 ℳ

— Anhalt-Dessauische Landesbank. Der Verwaltungsrath beschloß, der auf den 23. März anzuberaumenden General-Versammlung 7½ Proc. Dividende bei starken Reservestellungen vorzuschlagen.

— Elbe- und Saale-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu Aisleben. Nach Abschreibungen im Betrage von 27 439 ℳ stellt sich ein Gewinn-Saldo per 1891 von 97,48 ℳ heraus.

— Spar- und Vorschuß-Bank zu Halle a. S. Dem 1891 er Geschäftsbericht entnehmen wir u. A., daß bei einem Gesammtumsatz von 136 Millionen Mark (Vorjahr 128 Mill.) ein Reingewinn von 111 196 Mark erzielt worden ist, wovon 7 % Dividende vertheilt werden sollen. Zur Deckung eines Verlustes bei L. Schäfer und einigen kleineren Posten mußten 18 000 Mark aus dem Delkrederefond entnommen werden und für eventuell noch eintretende Verluste sind 10 000 Mark aus dem Conto-Current-Conto abgeschrieben.

— Haller Bankverein von Kulisch, Kaempf und Co. Der Aufsichtsrath beschloß in seiner Sitzung vom 5. d. M., das Kapital um 1 800 000 ℳ auf 9 Mill. Mark zu erhöhen. Von den neuen Aktien sollen zunächst 1 200 000 ℳ zum Kourse von 127 % begeben, bezw. den alten Aktionären zum Bezuge angeboten werden. Die Begebung des Restes bleibt dem Ermessen der Direktion überlassen.

— Eisleben, 5. März. In der heutigen Generalversammlung der Eisleber Discontogesellschaft, an der 29 Actionäre mit 146 Stimmen theilnahmen, wurden die Anträge des Aufsichtsrathes und des Vorstandes einstimmig angenommen, die Dividende von 9 % genehmigt und die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrathes wiedergewählt.

Hochschulen, Akademien, gelehrte Gesellschaften.

— Statistisches. Bei den 20 Universitäten des deutschen Reiches und der Akademie zu Münster waren im letzten Halbjahre insgesammt 28 515 Studirende eingeschrieben. Von diesen studirten 8916 Medizin, 7102 Rechtswissenschaft, 4261 evangelische Theologie und 1301 katholische Theologie. 6845 Studirende waren bei den philosophischen Fakultäten eingeschrieben. Der Summe der Mediziner sind noch etwa 250 Studirende der militärärztlichen Bildungsanstalten in Berlin hinzuzuzählen. Den stärksten Besuch unter den einzelnen Universitäten hatte Berlin, wo 4611 Studirende immatrikulirt waren. Es folgt München mit 3651; mehr als 3000 Studirende hat außerdem noch Leipzig (3242). Die Universitäten, bei denen mehr als 1000 Studirende waren, reihen sich absteigend wie folgt an einander: Halle (1483), Würzburg (1422), Tübingen (1399), Bonn (1386), Breslau (1342), Heidelberg (1271), Freiburg (1138) und Erlangen (1078). Nahezu 1000 Studirende hatten Marburg (952) und Straßburg (917). Es folgen sodann von den übrigen Universitäten Greifswald (834) Göttingen (831), Königsberg (717), Jena (645), Kiel (605), Gießen (562), die Akademie Münster (377) und Rostock (368). Für die 28 615 Studirenden waren 2445 Dozenten beteiligt, nämlich 1049 ordentliche, 532 außerordentliche Professoren, 60 Honorarprofessoren und Akademiker, 655 Privatdozenten und 139 Sprachlehrer und Exercitienmeister.

Heer und Marine.

— Zur Einstellung in das österreichisch-ungarische Heer und die Marine sollen im Jahre 1892 103 000 Mann ausgehoben werden, davon in Cisleithanien 60 389, in Transleithanien 42 711 Mann; ferner für die k. k. Landwehr 10 000 und für die k. k. ungarische Landwehr 12 500 Mann. Die dann noch vorhandenen Wehrfähigen werden nach Anleitung des Wehrgesetzes der Ersatzreserve überwiesen.

— Das Cürassier-Regiment Herzog Friedrich Eugen von Württemberg (Westpreußisches) Nr. 5 feiert am 1. Mai d. J. sein 175jähriges Stiftungsfest, wozu die ehemaligen Kameraden und die Reserveoffiziere des Regiments ihr Erscheinen in Aussicht gestellt haben.

Vermischtes.

— Gesellschaftsreisen. Wie uns berichtet wird, laufen die Anmeldungen zu der am 6. April mit 48tägiger Dauer stattfindenden großen Reise nach Italien beim Karl Riesel'schen Reisekontor, Berlin, Königgrätzerstraße 114, zahlreich ein und ist daher der Abgang derselben gesichert. Diese schöne Frühjahrsreise, welche ganz Italien incl. Riviera, Rom und Neapel umfaßt, ist wohl auch eine der dankbarsten, die gemacht werden kann. Das diesjährige Programm zur Pfingstreise nach der Schweiz und Oberitalien schließt wieder wie in früheren Jahren den Besuch der Adelsberger Grotten, in welchen am 2. Feiertage das berühmte Grottenfest abgehalten wird, ein. Im Sommer folgen dann Reisen nach Paris und London und dem Skandinavischen Norden. Der Rhein, die Schweiz, die oberitalienischen Seen, Mailand, Venedig sollen im Verbst besucht werden. Prospekte an den Reisen versendet obiges Kontor gern gratis.

— Eine nette Reklame geht uns in folgender Buchhändler-Anzeige zu: Das Anschen erregende und durch seinen tiefen dichterischen sowie musikalischen Gehalt ausgezeichnete Werk: „40 Lieder von einem Deutschen", welches von dem Verfasser des berühmten Buches: „Rembrandt als Erzieher" herrührt, ist nunmehr in den Verlag einer ausländischen Firma, der Buchhandlung von E. V. Thoemy, Kopenhagen, übergegangen. Die letztere sendet das obige Werk, gegen Einsendung von 2 Reichsmark in beliebigen gültigen Briefmarken, Jedermann franko zu. Die Leipziger Zeitung schreibt über obiges poetische Werk: „Es will uns bedünken, als ob einzelne dieser Gedichte noch höher stehen, als manche gleiche Gegenstände behandelnde Gedichte Goethe's". (Na, na!)

Neueste Nachrichten und Depeschen.

Wiesbaden, 6. März. Der Prinz Nikolaus von Nassau hat sich mit Gemahlin in Marseille, wohin er vom Großfürsten Michael Michailowitsch begleitet wurde, nach Algier eingeschifft, wo er längere Zeit bleibt. Der Großfürst kehrte nach Cannes zurück.

Wiesbaden, 6. März. Gegentheiligen Blättermeldungen gegenüber wird dem „Rheinischen Kurier" aus Kreisen, welche dem russischen Minister v. Giers nahe stehen, mitgetheilt, daß v. Giers sich durchaus wohl befinde und nicht an einen Rücktritt von seinem Posten denke.

Dortmund, 6. März. Die von hier aus verbreitete Nachricht, daß die Zahl der arbeitslosen Bergleute im Kohlenrevier 20 000 betrage, ist weit übertrieben. Die Zechenverwaltungen bemühen sich, allen Entlassungen vorzubeugen; vorläufig sollen überhaupt noch keine bevorstehen.

Wien, 5. März. Die Kaiserin Elisabeth reist heute früh zur Kräftigung ihrer erschütterten Gesundheit nach Schloß Miramar ab, wo sie einige Zeit zu verweilen gedenkt. Wenn die Nachrichten über die Rekonvalescenz der Erzherzogin Valerie auch fernerhin so günstig lauten, wie bisher, wird die Kaiserin eine weitere Reise antreten.

Krakau, 6. März. In Mielnica überschritten zwei russische Soldaten die galizische Grenze. Als die österreichische Gendarmerie sie verhaften wollte, entstand ein Handgemenge, wobei ein Russe erstochen wurde. Ein anderer ertrank bei der Flucht auf der dünnen Eisdecke.

Lyon, 7. März. Die Union der Volksvereinigungen petitionirte namens achtzig Gesellschaften des Rhonedepartements beim Maire und beim Präfekten zu Gunsten des freien Eingangs der Nahrungsproducte.

Rom, 7. März. Stefani Bavier überreichte Rudini die Antwort der Schweiz auf die Vorschläge Italiens betreffs der Baumwollzölle. Diese Antwort giebt die Möglichkeit eines Einverständnisses zu, enthält jedoch Bemerkungen, deren Prüfung Rudini sich vorbehielt.

Brest, 7. März. An Stelle des Bischofs Freppel ist Bischof Hulst zum Deputirten gewählt.

Magdeburger Börse vom 5. März 1892.

Reichs-Anleihe		
Magdeburger Stadt-Obligationen	3½	94,50 bz B
Chemische Fabrik Buckau-Obligationen	5	101,50 bz B
Dessauer Gas-Obligationen	4	—

	Div. 1890	p. Ct. 1891		
Magdeburger Allgem. Versich.-Gesellschafts-Act. p. St. à 300 Mk. vollgezahlt	30	—	650	— B
do. Feuerversich.-Actien p. St. à 5000 Mk. mit 20% Einzahlung	200	—	—	—
do. Hagel-Versicher.-Actien p. St. à 1500 Mk. mit 33⅓ Einzahlung	82	—	409	— B
do. Lebens-Versich.-Actien p. St. à 1500 Mk. mit 20% Einzahlung	20	—	210	— B
do. Rück.-Versich.-Actien per St. à 300 Mk. vollgezahlt	—	—	910	— B

	Div. 1890	in % 1891		
Actien-Brauerei Neustadt-Magdeburg	8½	—	—	—
Cuvoline, conservirte Bergwerks-Actien	7	—	—	—
Chemische Fabrik Buckau-Actien	4	5	105,25	bz
Dessauer Gas-Actien	10	—	—	—
Eisengießerei und Maschinen-Fabrik Nienb.	4	5	—	—
„Aktie", Schiffahrts-Ges.-Aktien	4	3	—	—
Leopp., ver. chem. Fabrik Act.-Aktien	4	2½	—	—
Magdeburger Allgemeine Gas-Actien	6	4½	—	—
do. Bankverein-Antheile	4	4	108,—	bz B
do. Bau- und Creditbank-Actien	4	8	87,—	G
do. Bergwerks-Actien	4	23½	—	—
do. do. Stamm-Priorit.-Act.	4	23½	—	—
do. Privatbank-Actien	4	6½	101,—	bz
do. Strohstoffabrik-Actien	4	9	147,—	B
Moritz consolidirte Bergwerks-Actien	4	2½	—	—
Maschinen-Fabrik Buckau-Actien	4	2½	—	—
Schöd. Schür. Brauerei-Aktien-Gesellschaft-Actien	4	9	152,—	G
do. do. Stamm-Prior.-Act.	5	9	—	—
Sudenburger Maschinenfabrik-Aktien	4	20	289,—	G
Magdeburger Zuckerraffinerie Stammactien	5	0	—	—
do. do. Stamm-Prior.	5	0	—	—

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.

						Fall	Wuchs
Halle	6. März	+ 1,96	7. März	+ 1,94		0,02	—
Trotha	„	+ 2,26	„	+ 2,26		—	—
Grizehnt	„	+ 1,35	„	+ 1,32		0,03	—
Aisleben	5. „	+ 2,10	6. „	+ 1,85		0,25	—

Elbe.

Aussig	5 März	+ 1,—	6. März	+ 0,77	0,32	—
Dresden	„	+ 0,04	„	+ 0,35	0,31	—
Wittenberg	„	+ 3,16	„	+ —	—	—
Magdeburg	„	+ 2,88	„	+ 2,60	0,28	—
Barby	„	+ 3,20	„	+ 3,00	0,20	—
Wittenberge	„	+ 3,60	„	+ 3,52	0,08	—

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

Berlin, 5. März. Weizen mit Ausnahme von Neuweizen pro 1000 Kilogr. loco still, Termine schließen niedriger, gekündigt — Tonnen, Kündigungspreis — Mk. bez., loco 204—215 Mk. bez. nach Qualität, Lieferungsqualität 213 Mk. bez., inländischer guter 212—213 Mk. ab Bahn bez., per diesen Monat — Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk. bez., per April-Mai 212,25—212,5—212,25 Mk. bez., per Mai-Juni 213—213,25—214 Mk. bez., per Juni-Juli 207,——206,75 Mk. bez.

Roggen per 1000 Kilogr. loco fleau, Termine flau, gekündigt — Tonnen, Kündigungspreis — Mk. bez., loco 204—215 Mk. bez. nach Qualität, Lieferungsqualität 213 Mk. bez., inländischer guter 212—213 Mk. ab Bahn bez., per diesen Monat — Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk. bez., per April-Mai 212,25—212,5—212,25 Mk. bez., per Mai-Juni 213—213,25—214 Mk. bez., per Juni-Juli 211,5—212—211 Mk. bez., per Juli-August — Mk. bez.

Gerste per 1000 Kilogr. loco flau, große und kleine 115—195 Mk. bez., Futtergerste 146—165 Mk. nach Qualität bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loco Mittelsorten flau, Termine still, gekündigt — Tonnen, Kündigungspreis — Mk. bez., loco 152—177 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 156 Mk. bez., pommerscher, preußischer und schlesischer, mittel bis guter 154—162 Mk. bez., hochfeiner 171—172 Mk. ab Bahn und frei Waggon bez., per diesen Monat — Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk. bez., per April-Mai 155—154,5 Mk. bez., per Mai-Juni 155,25 Mk. bez., per Juni-Juli 1-6 Mk. bez.

Magdeburg, 5. März. (Gebr. Friedeberg.) Weizen fremdländ. 206—226 Mk., Landweizen inländ. 210—216 Mk., Kleinweizen 204—212 Mk. bez., glatter englischer Weizen 198—210 Mk., Neuweizen 188—210 Mk., Roggen inländ. 2 2—214 Mk., fremdl. 216—226 Mk., Chevaliergerste 170—180 Mk., Landgerste 160—170 Mk., Hafer 153—162 Mk. für 1000 Kilogr.

Leipzig, 5. März. Weizen per 1000 Kilogramm netto loco inländischer 212—226 Mk. bez., do. ausländischer 215—235 Mk. bez. u. Br., ruhig. — Roggen per 1000 Kilogr. netto loco inländ. 219—223 Mk. bez. u. Br., ausl. 227—231 Mk. bez., fest. — Gerste per 1000 Kilgr. netto loco Braugerste 165—180 Mk. bez. u. Br., Mahlg. u. Futtergerste 155—165 Mk. bez. u. Br. Hafer per 1000 netto loco inländischer 152—154 Mk. bez. u. Br., ausländischer — Mk. bez. u. Br.

Breslau, 5. März. Roggen per März 220,00 Mk., per April-Mai 219,00 Mk., per Mai-Juni — Mk.

Stettin, 5. März. Weizen unverändert, loco 205—220, per April-Mai 216,00, per Mai-Juni 217,50. — Roggen unverändert, loco 200—210, per April-Mai 219,50, per Mai-Juni 216,50. — Pommerscher Hafer neuer loco 150—158.

Köln, 5. März. Weizen per März 20,90, per Mai 21,40, per Juli 21,55. — Roggen per März 21,00, per Mai 21,85, per Juli 20,40. — Hafer per März 11,00, per Mai 14,95, per Juli 15,65.

Leipzig, 5. März. Weizen per Frühj. 10,52 Gd., 10,35 Br., per Herbst 9,53 Gd., 9,56 Br. — Roggen per Frühj. 9,92 Gd., 9,95 Br., per Herbst 8,2 Gd., 8,55 Br. — Hafer per Frühj. 6,70 Gd., 6,73 Br., per Herbst 6,63 Gd., 6,66 Br.

Wien, 5. März. Weizen loco unverändert, per Frühjahr 10,27 Gd., 10,29 Br., per Mai-Juni 10,21 Gd., 10,23 Br., per Herbst 9,27 Gd., 9,29 Br. — Hafer per Frühjahr 5,72 Gd., 5,74 Br., per Herbst — Gd., — Br.

Paris, 5. März. (Anfangspreise.) Weizen behauptet, per März 25,90, per April 26,20, per Mai-August 26,70, per September-Dezember —. — Roggen ruhig, per März 19,20, per September-Dezember —.

Paris, 5. März. (Schlußpreise.) Weizen matt, per März 25,70, per April 26,00, per Mai-August 26,60, per September-Dezember —. — Roggen ruhig, per März 19,40, per September-Dezember 18,60.

Amsterdam, 5. März. Weizen per März 231, per Mai —. — Roggen per März 121, per Mai 128.

Antwerpen, 5. März. Weizen ruhig. — Roggen unbelebt. — Hafer unverändert. — Gerste ruhig.

New-York, 5. März. Rother Winterweizen loco 166½c. Getreidefracht 3¾d. — Rother Weizen per März 102½c, per April 103, per Mai 101¾c, per Juni 99 c.

Zucker.

Magdeburger Börse.

I. Preise für reinere Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	3. März.		5. März.	
Brodraffinade I.	29,50—29,75	Mk.	29,—29,75	Mk.
Brodraffinade II.	—,—	Mk.	29,25	Mk.
Gem. Nachmahle	29,00—29,75	Mk.	28,75—29,50	Mk.
Gem. Melis I.	28,00—28,25	Mk.	27,75—28	Mk.
Krystallzucker I.	28,00—28,50	Mk.	28,00—28,25	Mk.
Krystallzucker II.	—,—	Mk.	—,—	Mk.

Tendenz am 5. März. Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	3. März.		5. März.	
Granulirter Zucker	18,65—18,90	M.	18,70—18,90	M.
Korns. Rend. 92%	17,70—17,90	M.	17,70—17,90	M.
Korns. Rend. 88%	16,40—16,50	M.	16,40—16,50	M.
Rohpr. Rend. 75%	14,40—15,50	M.	—,—	M.

Tendenz am 5. März. Stetig.

II. Terminpreise ohne Verbrauchssteuergütung.

A. Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Procent.

a. frei auf Speicher Magdeburg.

März	14,27 bez.,	14,32 Br.,	14,27 Gd.	—— April —— bez.,	14,2. Br., 14,42 Gd.
Mai	14,62—60 bez.,	14,62 Br.,	14,60 Gd.	—— Juni —— bez.,	14,77 Br., 14,72 Gd.
Juni-Juli	14,77 bez.,	14,80 Br.,	14,77 Gd.	—— Juli —— bez.,	1,87 Br., 14,82 Gd.
August	—— bez.,	14,97 Br.,	14,92 Gd.	September	
Oktober	—— bez.,	—— Br.,	—— Gd.	Oktober-Dezember	—— bez., 15,— Br., 12,92 Gd.

Tendenz: Fest.

B. Granulirter Zucker.

Frei an Bord Hamburg.

März —,— bez., —,— Br., —,— Gd. Tendenz:

Die Reisesten der Kaufmannschaft

* Hamburg, 5. März. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 Proc. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 14,32, per Mai 14,65, per August 15,—, per Oktober 15,20. Tendenz: Behauptet.

* Paris, 5. März. (Telegramm.) (Schlußbericht.) Rohzucker 88 Procent ruhig, loco 38,50 à —,—. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilgramm per März 39,75, per April-Mai 40,12, per Mai-August 40,75, per Oktober-Januar 36,25.

* Lesdon, 5. März. (Anfangskurs.) 96 Proc. Javazucker loco 16½, ruhig, Rübenrohzucker loco 14¾, fest.

Kaffee.

* Havre, 5. März. (Telegramm von Peimann, Ziegler und Co.) Kaffee in New-York schloß mit 10 Points Baisse.

* Havre, 5. März. Vormittags 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm von Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per März 92,75, per Mai 87,50, per September 84,—. Ruhig.

* Hamburg, 5. März. (Nachmittags. Good average Santos per März 68,—, per Mai 67,50, per September 65,25 per Dezember 62,75. Ruhig.

* Amsterdam, 5. März. (Telegramm.) Java-Kaffee good ordinary 54,—.

* New-York, 5. März. (Telegramm.) Kaffee fair Rio Nr. 7 low ordinary per März 13,62, per Mai 17,47.

Petroleum.

* Berlin, 5. März. Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. Zentner. Gekündigt —,—, kg. Kündigungspreis —,— Mark. Per diesen Monat —,— Mark.

* Stettin, 5. März. Petroleum loco 11,—.

* Bremen, 5. März. Petroleum still, loco 6,35 Br.

* Hamburg, 5. März. Petroleum ruhig. Standard white loco 6,35 Br., per August-September 6,25 Br.

* Antwerpen, 5. März. (Telegr. Schlußbericht). Petroleum raffinirtes Type weiß, loco 15,50 bez., 15,50 Br., per Februar 15,— Br., per März 15,50 Br., per September-Dezember 15,75 Br. Ruhig.

* Bremen, 5. März. (Getreidemarkt.) Raffinirtes Petroleum Standard white in New-York 6,40—6,60 Gd., do. do. Standard white in Philadelphia 6,35—6,60 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,70, do. Pipeline Certificates per April 5,90 Br. Ruhig.

Spiritus.

* Berlin, 5. März. Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proc. — 10000 Proc. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mk. Loco ohne Faß 65,00, per diesen Monat —,—.

Spiritus mit 70 Mark Verbrauchsabgabe. Termine matt. Gekündigt —,000 Liter. Kündigungspreis —,— Mark. Loco mit Faß —,— Mark, per diesen Monat —,— Mark, per April-Mai —,—,—, nom, per April-Mai 45,8—45,3—45,4 bez., per Mai-Juni 45,9—45,5 45,6 bez., per Juni-Juli 46,3—46,0—45,9 bez., per Juli-August 46,6—46,3—46,4 bez., per August-September 46,9—46,5—46,6 bez., per September-Oktober 44,5—41,4—44,3 bez., per Oktober-November ——,——.

* Leipzig, 5. März. Spiritus per 10000 Literprocent ohne Faß mit 50 Mark Verbrauchsabgabe 65,— Mark G., mit 70 Mark do. 45,50 Mark G.

* Stettin, 5. März. Spiritus matt, loco ohne 50 Mark Konsumsteuer —,— mit 70 Mark Konsumsteuer 44,30, per April-Mai 45,30, per August-September 46,40.

* Posen, 5. März. Spiritus loco ohne Faß (50er) 67,20 bz. loco ohne Faß (70er 42,80. Matt.

* Breslau, 5. März. Spiritus per 100 Liter 100 Procent excl. 50 Mark Verbrauchsabgaben per März 63,—, do. do. 70 Mark Verbrauchsabgaben per März 43,50, bz. do. per April-Mai 44,50, bz. do. per Juli-August 46,—.

* Hamburg, 5. März. Spiritus beh., per März-April 34,75 Br., per April-Mai 34,75 Br. per August-September 35,75 Br., per September-Oktober 35,25 Br.

* Paris, 5. März. Spiritus träge, per März 46,52, per April 46,—, per Mai-August 44,50, per September-Dezember 40,50.

Oele. Delsaaten. Fettwaaren.

* Berlin, 5. März. (Amtlich) Rüböl per 100 kg mit Faß. Termin matter. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis —,— Mark. Loco mit Faß 56,02 bez., loco ohne Faß —,—, per diesen Monat —,—, per März-April —,—, per April-Mai 55,60—bez., per Mai-Juni —,—, per Juni-Juli —,—, per September-Oktober 55,3 55,2.

* Leipzig, 5. März. Rüböl per 100 kg netto ohne Faß 55,—Mark bez. 55,50 Br. fest.

* Breslau, 5. März. Rüböl per März 58,—, per April-Mai —,—.

* Stettin, 5. März. Rüböl ruhig, per April-Mai 54,50, per September Oktober 54,70.

* Köln, 5. März. Rüböl loco 60,—, per Mai 57,20, per Oktober 56,70.

* Hamburg, 5. März. Rüböl ruhig, loco 57,—.

* Havre, 5. März. (Telegramm.) Rüböl träge, per März 55,25, per April 55,75, per Mai-August 57,10, per September-Dezember —,—.

Futterstoffe und Düngemittel

* Leipzig, 5. März. Rapskuchen per 100 kg netto —,—, Mk. Br.

* Leipzig, 5. März. Rapskuchen per 100 kg netto —,—, Mk. Br.

* Magdeburg, 5. März. Rapskuchen 17,7—13,50 Mark fob für 100 kg.

* Hamburg, 4. März. Kalipeter, loco 8,90 Mark, März-April Mark, April-Mai 8,10, September-Oktober 8,40 für 50 Kilogramm.

* Hamburg, 4. März. Schwefelsaures Ammoniak 23,—24,— Mark für 100 Kilogramm.

* Hamburg, 4. März. Düngestoffe. Guano, fischstoffh. 18—20 Mark, no. phosphorh. 65—75 Prozent 9,00—12,00 Mk., Knochenphosph. 70—85 Prozent 7,50 bis 11 Mk., do. 60—65 Proz. 4,00—6,50 Mk., Fleisch und Hornmehl 14,—17,00 Mk., Knochenmehle 10—12,50 Mk., Blut- und Hornmehle 14—17 Mk., Superphosphate 6,10—12 Mk. für 100 Kilogramm.

* Hamburg, 4. März. Chili-Salpeter. Notirungen der Makler-Vereinigung. Preise: loco 8,90 Mark aus Schiffen zu erwarten: März 8,90 Mark, März-April 8,8 Mark, April-Mai 8,60 Mark, per September-Oktober 8,40 Mark. Tendenz: Still.

* Hamburg, 4. März. Futterstoffe Palmkuchen, deutsche, 125 Mark für 1000 kg, Cocosnußkuchen, deutsche, 155 Mark für 1000 kg. Baumwollsaatkuchen 130 Mark für 1000 kg, Erdnußkuchen 150 Mark für 1000 kg und Cuxl. Rapskuchen 130—140 Mark für 1000 kg, Leinkuchen 155 Mark für 1000 kg, Palmkernschrot 120 Mark für 1000 kg.

* Hamburg, 4. März. Chili-Salpeter 9 ab. 4½ d. für gewöhnliche, 9 ab. 9 14—9 d. für chemische Sorten.

Hülsenfrüchte.

* Magdeburg, 5. März. Erbsen, gelbe zum Kochen 21,— bis 27,— Mark. Speisebohnen weiße 19,— bis 32,— Mk., Linsen 30,— bis 50,— M. per 100 kg.

* Berlin, 4. März. (Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe, zum Kochen 30—40 Mk. Speisebohnen weiße, 22—19 Mk., weiße 70 Mk. per 100 Kilogr.

* Stettin, 5. März. Mais per 1000 Kilogr. loco flau. Termine gut behauptet. Gekündigt — Ton. Kündigungspreis — Mk. Loco 132—142 Mk., nach Qualität bez., per diesen Monat — Mk. bez., per April-Mai —,—, per Mai-Juni 119,25 bez., per August-Juni und per Juni-Juli 1:0—119,5 bez., per Juli-August —.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 190—240 Mk. bez., Futterwaare 165—172 Mk. nach Qualität bez.

* Wien, 4. März. Mais per Mai-Juni 5,65 Gd., 5,68 Br.

* New-York, 5. März. (Telegr.) Mais (Alem) per April 50½, per Mai 49¾ per Juni 48¾c.

Mehl.

* Berlin, 5. März. (Amtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Termine schließen niedriger. Gekündigt — Sack, Kündigungspreis — Mk. per diesen Monat 29,— 29,50 Mk., per April-Mai 29,50—29,40 bez., per Mai-Juni 29,30—29,15 bez., per Juni-Juli 28,95—28,80 bez., per Juli-August — bez.

* Berlin, 5. März. Weizenmehl Nr. 00 29,5—27,5 bez., Nr. 0 27,5—25 bez., Nr. 1 25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl Nr. 0 und 1 29,75—28,75 Mk. bez., do. feine Marken Nr. 0 und 1 31,2. 29,75 Mk. bez. Nr. 0 1, 0 Mk. höher als Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Br. incl. Sack.

* Berlin, 5. März. Mondmehl. Geschäftsbericht. Mehl matt, —,— per März 55,—, per April 55,60 Mai-August 57,10, per September-Dezember —,—.

* New-York, 5. März. (Telegr.) Mehl 4 D.

Stärke. Kartoffelmehl

* Hamburg, 4. März. Kartoffelfabrikate. Tendenz still. Notirungen für 100 kg. Kartoffelstärke. Primaaware prompt 32, 6 33,— Mk. Lieferung 33,50—33,— Mk. Kartoffelmehl. Primaaware 31,— Mk. Lieferung 31,50 31,50 Mk., Superior-Stärke 34,50—34,50 Mk. Superior-mehl 34,50—35,— Mk.

Stroh. Heu.

* Halle, 5. März. (Strohpreise.) Langes Roggenstroh von 2,60—2,50 Mk. per Centner, Stroh 1,80—1,60 Mk., Heu 3,— bis 3,25 Mk. per Centner ab Fahren, Torfstreu 1,20 Mk., Stechen 3,50 Mk. per Centner zum Theil in sehr reich. Ausfall angeführt.

* Nordhausen, 5. März. Stroh 4,00 4,50 Mk., Heu 5,00—5,50 Mk. per 100 Kg.

* Magdeburg, 5. März. Richtstroh 4,50—5,— Mk., Krummstroh 3,00—4,— Heu 6,00—7,00 Mk. per 100 Kilogr.

* Berlin, 4. März. (Pol.-Präs.) Richtstroh 4,70—5,— Mk., Heu 4,90—6,20 Mk. per 100 Kilogr.

Butter. Eier. Fleisch.

* Nordhausen, 5. März. Kartoffeln 1,80 Mark, Schmalz 2,40—2,40 Mk. Eier 3,00—3,15 per 1 Schock. 1,—1,05 Mk. für 1 Kilogr. Fäte des Stück 3—3,50 Mk.

* Magdeburg, 5. März. Rindfleisch von der Keule 1,40 bis 1,50 Mark, Bauchfleisch 1,20 bis 1,30 M., Schweinefleisch 1,50 bis 1,60 M., Kalbfleisch 1,30 bis 1,40 M., Hammelfleisch 1,30 bis 1,40 M., Schmalz 2,00 bis 2,40 M. per 1 kg. Eier per Schock 3,20 bis 4,00 M.

* Berlin, 4. März. (Pol.-Präs.) Rindfleisch von der Keule, 1,20—1,60 Mk. Bauchfleisch 1,—1,30 Mk., Schweinefleisch 1,10—1,60 Mk., Kalbfleisch 0,90—1,50 Mk. Hammelfleisch 1—1,50 Mk., Butter 2,—2,80 Mk. per 1 Kilogr. Eier 60 Stück 2,60—5,— Mk.

Kartoffeln.

* Nordhausen, 5. März. Kartoffeln per 100 Kg. 7,00—8,00 Mk.

* Magdeburg, 5. März. Kartoffeln 5,00 5,50 Mk. per 100 kg.

* Berlin, 4. März. (Kartoffeln) per 100 Kilogramm 7,50—9,— Mk.

Baumwolle und Wolle.

* Leipzig, 5. März. Notirungen u. Kommung auf Zeit: in Plata Contract B Mai 3,37½ Mk., do. B April 3,35, Mk. do. B Mai 3,37½ Mk., do. B Juni-Juli 3,40 Mk., do. B August-September 3,42½ Mk., do. B Oktober 3,45 Mk. B November-Febr. 3,47½ Mk., do. G März 3,37½ Mk. Umsatz Kontract B: 1000 Kilogr.

* Liverpool, 5. März. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Wollauktion Umsatz 7000 Ballen, Tendenz Tagesimport 15000 B.

* Liverpool, 5. März. Rachm. Baumwolle. Umsatz 7000 B., davon für Spekulation und Export 20,0 B.

Metalle.

* Frankfurt a. M., 3. März. Hochhaltiges Silber in Barren per Kilogr. 123,50 Br., 121,50 G.

* Hamburg, 5. März. (Telegramm der Herren M. B. Lorenz u. Co. Leipzig). Zinn: Banka 34½, Billiton 33¾ fl.

* Amsterdam, 4. März. Banczaiin 54.

* London, 4. März. Chile-Kupfer 44 L. per 3 Monat 44 5 s.

* London, 5. März. Metalle. (Telegramm der Herren M. B. Lorenz u. Co. Leipzig.) Zinn: Straits 80½ Kustral. 80¾ Gilt.

* Lon 5. März. Blei fest. 10 Gilt. 15 s, engl. 11 Gilt., Zink gewöhnl. Marken 21 Gilt. 2 s 6 d.

* Newyork, 4. März. Zinn Straits 19,65 Doll., Eisen Nr. 1 Coltnes 20,50 Doll.

Viehmärkte.

* Steinbruch, 3. März. Tendenz fest. Vorrath am 1. März 137,567 Stück am 2. d. Mts. wurden 1069 Stück aufgetrieben 17zl Stück abgetrieben — verbleiben am 3. März ein Stand von 137,815 Stück. Mhr notirten: Mastschweine Ungar. prima: junge schwere von 48—48,50 Kr., mittlere 47—48 Kr., ungarische Bauernmaare: schwere von 45—46 Kr. mittl. 44—4,70 leichte v. 43—44 Kr. Serbische schwere von 46 Kr., mittl. von 44—4 Kr., leichte v. 43,50—41,50 Kr.

* Bamberg, 1. März. Auftrieb 1222 Stück Großvieh und 21 Kälber schwere Ochsen —,— Mk. mittlere —,— Mk., geringere —,— Mk.

Verlag der Expedition der Leipziger Zeitung.
Verantwortlicher Redakteur: Theaterredakteur Wilhelm Anthony für Politik, Feuilleton und den übrigen Inhalt: ausschließlich des Handelsgeschäftes, Dr. Paul Gerhard; für Gerichtssaal, für politische Theater und Musik, Louis Schumann; für den Handels-, Börsen- und Inseratentheil — sämmtlich in Leipzig.
Verantwortlicher Drucker: Theaterdrucker Anthony 1890—1891, Redakteur Dr. Gebenlebe-1 Uhr. Dr. Expedition (Inseratenannahme u. Geschäftsangelegenheiten) ist geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.

Gedruckt bei Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920307 1-15/fragment/page=0004